

20.10.2010

Ein Jahr Schwarz-Gelb: Die Bilanz

Ein verlorenes Jahr für Deutschland

Vor einem Jahr hat Schwarz-Gelb die Regierungsgeschäfte übernommen. Die vergangenen zwölf Monate sind ein verlorenes Jahr für Deutschland. Keine Regierung hat innerhalb so kurzer Zeit so viele Versprechen gebrochen und so rapide an Glaubwürdigkeit verloren. Die Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Gelb macht deutlich: Der Koalitionsvertrag von Union und FDP ist nichts mehr wert. Reden und Handeln klaffen bei dieser Koalition meilenweit auseinander.

Die Koalition hat keine Leitidee, keine Orientierung und keine übergeordnete Vorstellung von Gemeinwohl. Stattdessen ist Schwarz-Gelb innerhalb kürzester Zeit zum Synonym für beispiellosen Lobbyismus geworden.

Deutschland ist im zurückliegenden Jahrzehnt weit gekommen. Die ermutigenden Zeichen von konjunktureller Erholung und sinkender Arbeitslosigkeit zeigen Erfolge der Reformpolitik. Jetzt aber bleiben große Chancen ungenutzt. Vollbeschäftigung ist möglich, doch Schwarz-Gelb legt Investitionen lahm, spart die Arbeitsvermittlung kaputt und kapituliert im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Sozialer Ausgleich ist nötig, doch Schwarz-Gelb belastet die Schwachen und bedient die Starken. Die Energiewende ist greifbar nah, doch Schwarz-Gelb sabotiert den Atomausstieg.

Hinter großen Worten herrscht in der Regierung die blanke Mutlosigkeit. Im von Angela Merkel inszenierten „Herbst der Entscheidungen“ dominiert die Klientelpolitik. Die Folge: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Demokratie. Verantwortung für unser Land hieße, die Kraft der gemeinsamen Anstrengungen zu wecken und den Aufschwung zu nutzen, um Deutschland zu erneuern.

ARBEIT UND SOZIALES	4
Kahlschlag bei der Arbeitsförderung	4
Lobby- vor Arbeitnehmerinteressen in der Zeit- und Leiharbeit	4
Eingriff in Tarifvereinbarungen statt Wahrung der Tarifautonomie	5
Willkür statt Transparenz bei der Neuberechnung der ALG-II-Regelsätze	6
Verschärfung statt Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut	7
Versagen bei der Bekämpfung von Altersarmut	8
AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK	10
Gefährdung des deutschen Ansehens in der Welt	10
Vertuschung statt Aufklärung in der Kundus-Affäre	11
Marktgeschrei statt Fortschritt bei der Abrüstung	11
Schwächung der präventiven Friedenspolitik	12
Maßnahmenpaket für eine attraktivere Bundeswehr? – Fehlanzeige.....	12
Planlosigkeit eines Show-Ministers statt seriöser Konsenssuche bei der Bundeswehrreform	13
BILDUNG UND FORSCHUNG	15
Scheitern der „Bildungsrepublik Deutschland“	15
Stillstand bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse	16
Zukunftskonto Bildung beerdigt	16
Lokale Bildungsbündnisse auf Eis gelegt	17
Kürzung bei Ausbildung und Berufsvorbereitung.....	18
Implosion des Nationalen Stipendienprogramms	18
Gefährdung des BAföG.....	19
Chaos bei der Studienplatzvergabe	20
Steuerliche Forschungsförderung abgesagt	21
Das teuerste Praktikum der Welt	21
FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND.....	22
Keine Hilfe für Alleinerziehende	22
Kürzung statt Ausweitung des Elterngeldes	22
Gefährdung der frühkindlichen Bildung und Betreuung	23
Absage an Verbesserungen beim Kinderzuschlag	23
Absage an Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss	24
Stillstand bei der Gleichstellung	24
Schwächung der Jugendpolitik	25
GESUNDHEIT	26
Bruch der Solidarität: Klientel- und Lobbyinteressen statt Gemeinwohlorientierung	26
Drohende Mehrkosten statt Einsparungen bei Arzneimitteln	27
INNEN, RECHT, KULTUR UND MEDIEN	28
Weniger Chancen statt bessere Integration.....	28
Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft.....	28
Vernachlässigung der Integrationskurse.....	29
Blockade bei der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte	29
Arbeitgeberinteressen vor Arbeitnehmerdatenschutz	30
Zustimmung zur Verletzung des Datenschutzes beim SWIFT-Abkommen	31
Untätigkeit beim Datenschutz im Internet	31
Untätigkeit bei der Stiftung Datenschutz.....	32
Drohende Verschlechterung der Sanierungschancen von Insolvenzbetrieben	33

Erpressbarkeit bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“	33
Vertagung statt Realisierung des Humboldt-Forums	34
STEUERN, FINANZEN, HAUSHALT	35
Schwarz-Gelbe Netto-Lüge.....	35
Haushalt: Soziale Spaltung und Schuldenrekord.....	35
Klientelgeschenke statt Steuergerechtigkeit	36
Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen	37
Zaungast bei der Finanzmarktregulierung	37
Reform der nationalen Finanzmarktaufsicht auf Eis gelegt	38
Lobbyinteressen statt Anlegerschutz	39
Bürokratisierung statt Vereinfachung des Steuersystems	39
Erleichterung von Steuerflucht statt Bekämpfung von Steuerhinterziehung	40
Benachteiligung statt Gleichstellung Eingetragener Lebenspartner	40
UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT	41
Internationaler Glaubwürdigkeitsverlust beim Klimaschutz.....	41
Gefährdung der Energiewende statt Ausbau der Erneuerbaren Energien	41
Atomlobbyismus statt Zukunftskonzept	42
Milliardengeschenke an die Atomkonzerne	43
Ausverkauf der Sicherheit bei Kernkraftwerken.....	44
Lippenbekenntnisse bei der Energieeffizienz	45
VERBRAUCHERSCHUTZ, ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT	46
Verzögerung transparenterer Verbraucherinformationen	46
Verzögerung des Verbraucherschutzes im Internet.....	46
Missachtung des Verbraucherschutzes bei der Grünen Gentechnik.....	47
Keine angemessene Finanzierung der Verbraucherarbeit	47
Rückwärtsgewandte Agrarpolitik statt Neuausrichtung der Landwirtschaft	48
Ignoranz beim Tierschutz.....	49
VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG	50
Kahlschlag bei der Städtebauförderung.....	50
Kahlschlag bei der CO2-Gebäudesanierung	50
Schwächung von Bahn und Schiene	51
Förderung des Kombinierten Verkehrs am Ende.....	52
Verkehrslärm bleibt	52
WIRTSCHAFT	54
Gefährdung des wirtschaftlichen Aufschwungs	54
Unsicherheit statt bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand	55
Blindes Marktvertrauen statt Investitionen in den Breitbandausbau	55
Schaufensterpolitik statt Durchbruch bei der Elektromobilität.....	56
Weniger statt mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt.....	56
WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT	58
Bruch internationaler Zusagen statt Bekämpfung von Armut	58
Abwicklung der Entwicklungszusammenarbeit statt globale Strukturpolitik	58
Augenwischerei statt Neuorganisation der Entwicklungshilfe.....	59
Behinderung statt Beschleunigung des zivilen Aufbaus in Afghanistan	60

ARBEIT UND SOZIALES

Kahlschlag bei der Arbeitsförderung

Versprochen: Arbeitschancen für alle

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „Arbeitschancen für alle“ versprochen (S. 21). Im Rahmen der lang andauernden Jobcenter-Reform sicherte die Bundesregierung eine Verstetigung der arbeitsmarktpolitischen Mittel zu. Im Frühjahr 2010 versprach Ministerin von der Leyen vollmundig eine Vermittlungsoffensive für Alleinerziehende, Jugendliche sowie für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

→ Gebrochen: Kahlschlag bei der Arbeitsförderung

Statt die Arbeitschancen durch bessere Vermittlungsbemühungen und Qualifizierungsanstrengungen zu verbessern, hat Schwarz-Gelb einen Angriff auf die aktive Arbeitsmarktpolitik eingeleitet. Allein 2011 sollen 2 Mrd. Euro im Bundes- und BA-Haushalt bei der aktiven Arbeitsförderung gestrichen werden. Dabei sollen Pflichtleistungen im SGB II und SGB III in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Fachleute warnen davor, dass die Arbeitsförderung ab kommendem Jahr lahmgelegt werden könnte.

Betroffen wären v.a. auch Bildungsleistungen in der Arbeitsmarktpolitik, darunter die Berufsausbildungsbeihilfe, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen, die Unterstützung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

→ Fazit: Verlierer der schwarz-gelben Arbeitsmarktpolitik sind die Arbeitslosen. Wer keine Lobby hat, dem wird von Schwarz-Gelb nicht geholfen.

Lobby- vor Arbeitnehmerinteressen in der Zeit- und Leiharbeit

Versprochen: Eindämmung des Missbrauchs bei der Zeit- und Leiharbeit

Nach Bekanntwerden des Falls Schlecker versprach Ministerin von der Leyen, gegen Missbrauch in der Leiharbeit vorzugehen. Sie versprach: „Ich halte den Mindestlohn für ein sinnvolles Instrument.“

→ Gebrochen: Lobbyinteressen setzen sich durch

Ministerin von der Leyen brauchte acht Monate, um einen Gesetzentwurf vorzulegen. Und trotzdem lassen die Pläne der Arbeitsministerin die meisten Probleme im Bereich der Zeit- und Leiharbeit ungelöst. Verbesserungen sind nur vorgesehen, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen und innerhalb von sechs Monaten als Leiharbeiter eingestellt werden. Dann sollen sie gleichen Lohn erhalten.

Danach können sie zu schlechteren Konditionen wieder eingestellt werden. Das ist bei weitem nicht der angekündigte und notwendige Durchbruch zu einer umfassenden Missbrauchsbekämpfung im Interesse der Zeit- und Leiharbeiter.

Vor allem wird es keinen gesetzlichen Mindestlohn für die gesamte Branche geben. Insbesondere die FDP ist hier einmal mehr unbelehrbar. Die Forderungen von Gewerkschaft und Bundesagentur für Arbeit nach einem eigenständigen Ordnungswidrigkeiten-Tatbestand greift Ministerin von der Leyen nicht auf. Und von einem Verbot der so genannten Konzernleihe – und nur dieses wäre bei Fällen wie Schlecker wirksam – ist auch nicht mehr die Rede.

Die IG-Metall spricht von einem „Kniefall vor der Leiharbeitslobby“. Helfen könnte nur die strikte Wahrung des Prinzips „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ und eine wirkungsvolle Mindestlohnregelung.

→ **Fazit: Mit Schwarz-Gelb kommt es nicht zur dringend notwendigen Eindämmung des Missbrauchs bei der Zeit- und Leiharbeit.**

Eingriff in Tarifvereinbarungen statt Wahrung der Tarifautonomie

Versprochen: Kein Eingriff in die Tarifautonomie

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und FDP zur Tarifautonomie bekannt (S. 21). Arbeitsministerin von der Leyen versprach: „Die Politik wird in die Vereinbarungen der Tarifpartner nicht eingreifen“.

→ **Gebrochen: Eingriffe in die Vereinbarungen der Tarifpartner**

Statt die Tarifautonomie zu wahren, hat Ministerin von der Leyen bei der Mindestlohnverordnung für das Dachdeckerhandwerk massiv in die Vereinbarungen der Tarifpartner eingegriffen. Die Tarifparteien hatten eine vierjährige Laufzeit der Vereinbarungen vorgesehen. Das Arbeitsministerium jedoch sieht für die Mindestlohnverordnung nur eine zweijährige Laufzeit vor.

Auch beim Pflegemindestlohn hat die Ministerin ihre Versprechen nicht umgesetzt. Entgegen ihrer Ankündigung hat sie den Pflegemindestlohn nicht zum 01.07.2010 durch eine Rechtsverordnung auf die gesamte Branche erstreckt. Bei der verspäteten Inkraftsetzung zum 01.08. hat sie die von der Pflegekommission vereinbarte unbefristete Laufzeit torpediert. Der Pflegemindestlohn wurde von der Ministerin eigenmächtig befristet und läuft im Jahr 2014 aus.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verletzt die Tarifautonomie aus ideologischen Gründen, sobald es zur Begrenzung von Mindestlöhnen opportun erscheint.**

Willkür statt Transparenz bei der Neuberechnung der ALG-II-Regelsätze

Versprochen: Verfassungsgerechte Neuberechnung des Existenzminimums und Bildungspaket für Kinder

Nach der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils zur Neubemessung der Regelsätze beim ALG II versprach Sozialministerin von der Leyen, das Urteil zügig umzusetzen. Dabei betonte sie: „Das Existenzminimum - und das Gericht hat dazu ganz klare Worte gesprochen - umfasst eben nicht nur das körperliche Existenzminimum, sondern auch Teilhabe und soziale Beziehungen (...). Punkt. Es ist also nicht die Frage, ob wir das bezahlen, sondern wie wir das bezahlen und wie wir es umsetzen.“ (Deutschlandradio Kultur, 10.02.2010). Gerade bei Kindern müsse genau definiert werden, was sie brauchen – vor allem für Bildung und Teilhabechancen.

→ Gebrochen: Willkür und Rechentricks

Ganze acht Monate brauchten Schwarz-Gelb und Ministerin von der Leyen, um das Ergebnis ihrer Neuberechnung vorzulegen – und herauskam eine Mini-Erhöhung der Erwachsenenregelsätze um ganze fünf Euro. Nach Vorfestlegungen von FDP-Chef Westerwelle und den Haushaltspolitikern der Koalition, bleibt am Ende der Verdacht, dass sich Schwarz-Gelb nicht wie versprochen an einem objektiven Existenzminimum, sondern eben doch an der Kassenlage orientierte, und die Sätze übers Wochenende im politischen Hinterzimmer einfach ausgekugelte. Das Ergebnis jedenfalls bleibt intransparent und erweckt den Eindruck der politischen Willkür.

Zahlreiche Indizien sprechen dafür, dass Union und FDP die klaren Maßstäbe des Verfassungsgerichts verletzen:

- Bezogen auf die Einkommensverteilung wurden bei der Berechnung für Ein-Personen-Haushalte lediglich die untersten 15 (statt wie bisher 20) Prozent der Haushalte zugrunde gelegt. Da die kleinere Bezugsgruppe weniger Einkommen hat, wird auf diese Weise auch der Grundsicherungsbedarf herunter gerechnet.
- Hinzu kommt, dass in der Vergleichsgruppe beispielsweise auch die so genannten Aufstocker enthalten sind, die ihr geringes Erwerbseinkommen durch Sozialleistungen aufstocken. Zudem hat das BMAS nicht – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – die „verdeckte Armut“ berücksichtigt, also auch die Haushalte aus der Stichprobe heraus gerechnet, deren Einkommen unterhalb der Bedürftigkeitsgrenze liegen. Ergebnis ist ein unzulässiger Zirkelschluss.

Auch die schwarz-gelben Pläne zur Förderung der Bildung und Teilhabe von Kindern sind ungenügend:

- Das Schulbedarfspaket ist keine Erfindung von Frau von der Leyen. Es wurde von der SPD in der Großen Koalition gegen die Union durchgesetzt. Es ist nicht neu, sondern existiert bereits.
- Die Regelsätze für Kinder bleiben unverändert. Frau von der Leyen behauptet sogar, dass die Kindersätze eigentlich sinken müssten. Deshalb plant sie in den kommenden Jahren weitere Nullrunden für bedürftige Kinder.
- Der von der SPD geforderte und nun geplante Zuschuss für ein warmes Mittag-

essen an der Schule kann nur dort helfen, wo es Essensangebote gibt. Solche Angebote gibt es aber bundesweit gerade einmal für 20 Prozent der Kinder.

- Die vorgesehenen Leistungen zur Bildung und sozialen Teilhabe von Kindern wurden von Schwarz-Gelb weder berechnet noch begründet. Abzüglich des bereit bestehenden Schulbedarfspakets stehen pro Kind für die soziale und kulturelle Teilhabe gerade mal 12,50 Euro pro Monat für Musikunterricht, Freizeit und Sportverein zusätzlich zur Verfügung.

Offen bleibt die Frage, ob die veranschlagten Mittel ausreichen und wie die Leistungen überhaupt bei den Kindern ankommen sollen. Da die Bundesregierung bei der Umsetzung auf die Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen angewiesen ist, bleibt völlig unverständlich, warum sich Frau von der Leyen in all den Monaten seit der Urteilsverkündung nur ein einziges Mal mit den Ländern getroffen hat.

Ein dringend notwendiges Infrastrukturprogramm für Kitas und Ganztagschulen lehnt Schwarz-Gelb ebenso ab wie den flächendeckenden Mindestlohn.

Unter dem Strich ist das Vorhaben von Frau von der Leyen eine Mogelpackung: Für die 5-Euro-Erhöhung bei den Regelsätzen für Erwachsene und für das „Bildungspaket“ veranschlagt die Regierung rund 1 Mrd. Euro. Dem stehen Einsparungen bei Langzeitarbeitslosen im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 von rund 2,5 Mrd. Euro gegenüber. Auf diesen Betrag summieren sich die geplante Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose (450 Millionen), der Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II (210 Millionen) sowie die beabsichtigte Streichung der Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose (1,85 Milliarden). Unter dem Strich spart Schwarz-Gelb bei Langzeitarbeitslosen im Bundeshaushalt etwa 1,5 Mrd. Euro. Zusätzlich plant Schwarz-Gelb massive Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

- **Fazit: Schwarz-Gelb trickst beim Existenzminimum, verschärft die Situation von Langzeitarbeitslosen und verkündet mit dem „Bildungspaket“ für Kinder kaum mehr als eine halbherzige Mogelpackung. Schwarz-Gelb kürzt bei Langzeitarbeitslosen und versperrt ihnen gleichzeitig den Weg in gute Arbeit.**

Verschärfung statt Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut

Versprochen: Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, Kinderarmut zu bekämpfen (S. 68).

→ Gebrochen: Verschärfung von Kinder- und Familienarmut

Von einem Konzept zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut kann bei Schwarz-Gelb keine Rede sein. Im Gegenteil: Union und FDP vermeiden einerseits alles, was helfen könnte, und tun andererseits vieles, was Kinderarmut weiter ver-

schärft.

Schwarz-Gelb lehnt es ab, den von der SPD eingeführten Kinderzuschlag weiterzuentwickeln, um das Armutsrisiko bei Geringverdienern zu vermindern. Die ursprünglich geplante Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende wurde von Schwarz-Gelb abgesagt. Auch die Regelsätze für Kinder im ALG II lässt Schwarz-Gelb trotz der vom Verfassungsgericht erzwungenen Neuberechnung unverändert. Sozialministerin von der Leyen behauptet sogar, dass die Kindersätze eigentlich sinken müssten.

Die Probleme beim Ausbau der Kinderbetreuung – eine zentrale Voraussetzung für die Aufnahme einer Beschäftigung – werden von Schwarz-Gelb ignoriert. Stattdessen soll der sogenannte Eingliederungstitel des Arbeitsministeriums, aus dem vor allem die Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose finanziert wird, im kommenden Jahr um 1,3 Milliarden Euro gekürzt werden.

Hinzu kommen die drastischen Sozialkürzungen im Rahmen des Sparpakets, die vor allem bedürftige Familien und ihre Kinder besonders treffen werden. Dazu gehören insbesondere die geplante Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger/innen und der Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld. Allein durch die Streichung des Elterngeldes stehen bedürftigen Familien im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Rund 130.000 Familien werden davon betroffen sein, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verschärft die soziale Lage bedürftiger Familien, treibt die soziale Spaltung unserer Gesellschaft voran und verfestigt Kinderarmut.**

Versagen bei der Bekämpfung von Altersarmut

Versprochen: Kampf gegen Altersarmut

Der Koalitionsvertrag hat die Bekämpfung von Altersarmut versprochen (S. 82).

→ **Gebrochen: Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge beim ALG II**

Schwarz-Gelb hat keine einzige Maßnahme zur Bekämpfung von Altersarmut beschlossen. Um Aktivität zu simulieren, wurde angekündigt, eine Regierungskommission einzusetzen – im Jahr 2011.

Stattdessen hat Schwarz-Gelb die Abschaffung der Rentenversicherungsbeiträge für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II beschlossen. Damit sind Zeiten des Leistungsbezuges nach dem SGB II künftig keine Beitragszeiten mehr. Es wird darauf verwiesen, dass Altersarmut besser durch die Grundsicherung im Alter bekämpft werde. Es waren aber CDU/CSU und FDP, die die Einführung der Grundsicherung im Alter vehement bekämpft haben. Und: Die Grundsicherung soll eine Mindestsicherung bei denjenigen bieten, bei denen die Versicherungsleistungen nicht ausreichen. Schwarz-Gelb schwächt aber nun die Vorsorge durch Versiche-

rungsleistungen, so dass zukünftig mehr Personen auf die fürsorgeorientierte Grundsicherung angewiesen sein werden.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb tut nichts gegen das Problem der Altersarmut.**

Gefährdung des deutschen Ansehens in der Welt

Versprochen: Aktive Außenpolitik

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine „aktive Außenpolitik“ versprochen: „Wir stellen uns den neuen internationalen Herausforderungen und nehmen damit die neue Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt an. Wir werden die damit verbundenen Verpflichtungen in Verantwortung erfüllen. Wir setzen uns für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Weltgemeinschaft ein“ (S. 8).

→ Gebrochen: Deutschland im Abseits

Guido Westerwelle ist es nicht gelungen, von der Rolle des Parteichefs, Wahlkämpfers und Innenpolitikers in die Rolle des Staatsmannes, Diplomaten und Außenpolitikers hinauzuwachsen. Innerhalb von wenigen Monaten hat Außenminister Westerwelle nicht nur sein eigenes Ansehen in der Bevölkerung verspielt, sondern vor allem auch das hohe Ansehen Deutschlands in der Welt aufs Spiel gesetzt. Darüber kann auch der nicht-ständige Sitz Deutschlands im VN-Sicherheitsrat nicht hinwegtäuschen: Er ist keine Leistung Westerwelles, sondern eine Anerkennung für das deutsche Engagement bei Konfliktprevention und Krisenbewältigung im letzten Jahrzehnt. Eine Antwort, wie er den Sitz im Sicherheitsrat konstruktiv nutzen möchte, ist Westerwelle bislang schuldig geblieben.

Selten ist ein deutscher Außenminister so fantasielos und gleichgültig mit seinem Amt umgegangen. Selten ist er so sehr als innenpolitischer Provokateur aufgefallen, statt als kluger, souveräner Staatsmann nach innen und außen die Interessen unseres Landes zu vertreten und die Werte unserer Gesellschaft zu verkörpern.

Ein Jahr nach der Amtsübernahme gibt es noch immer keine einzige politische Initiative von Gewicht mit Bezug auf die internationalen Konfliktherde – Fehlanzeige vom Nahen Osten über Iran bis zu Afghanistan und Pakistan. Deutschland spielt keine Rolle mehr. Der Rat der Deutschen ist nicht mehr gefragt. Auch auf den Fluren in Brüssel fragt man sich sorgenvoll: Wo ist Deutschland? Bei der Entscheidung über das Euro-Rettungspaket war die Bundesregierung in Brüssel isoliert. Die Akteure waren andere. Deutschland wurde erst getrieben und dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

Beim Klimaschutz und der Entwicklungszusammenarbeit bricht die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht nur internationale Zusagen, sondern auch mit dem traditionellen multilateralen Ansatz deutscher Außenpolitik. Stattdessen gerieren sich Westerwelle und Niebel vor allem als Außenwirtschaftspolitiker und stellen die Wirtschaftsförderung ins Zentrum der Außenpolitik.

Der Ansehens- und Bedeutungsverlust des Auswärtigen Amtes spiegelt sich auch im Bundeshaushalt wider, wo Schwarz-Gelb drastische Einschnitte bei der humanitären Hilfe, der zivilen Krisenprevention und der Menschenrechtsförderung vornimmt.

- **Fazit: Schwarz-Gelb verspielt Deutschlands Ansehen in der Welt und setzt mit der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit Deutschlands auch den Einfluss unseres Landes gegenüber den internationalen Partnern und der Weltgemeinschaft aufs Spiel.**

Vertuschung statt Aufklärung in der Kundus-Affäre

Versprochen: Öffentliche Aufklärung der Kundus-Affäre

Ende des vergangenen Jahres haben Union und FDP versprochen, dass zur Aufklärung der Kundus-Affäre Zeugen aus der Leitungsebene auch im Verteidigungsausschuss grundsätzlich in öffentlicher Sitzung vernommen werden sollen. Mit dieser Zusage wollte Schwarz-Gelb die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Beschusses der beiden Tanklaster in der Gegend um Kundus (Afghanistan) verhindern.

→ Gebrochen: Flucht in Vertuschung aus Angst vor der Öffentlichkeit

Schwarz-Gelb hat das Versprechen, öffentlich aufzuklären, aufgekündigt. Kaum hat die SPD die Gegenüberstellung von Minister zu Guttenberg mit dem von ihm gefeuerten Ex-Staatssekretär Wichert und dem ehemaligen Generalinspekteur Schneiderhahn gefordert, schon hat sich die schwarz-gelbe Ausschussmehrheit aus Angst vor der Öffentlichkeit nicht mehr an ihr Versprechen gehalten.

- **Fazit: Schwarz-Gelb hat an einer transparenten, öffentlichen Aufklärung der Kundus-Affäre kein Interesse.**

Marktgeschrei statt Fortschritt bei der Abrüstung

Versprochen: Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, sich in der Nato sowie „gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür ein[zusetzen], dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden“ (S. 120).

→ Gebrochen: Marktschreierei des Außenministers ohne Wirkung in der Sache

Außenminister Westerwelle hat zu Beginn seiner Amtszeit keine Gelegenheit ausgelassen, den Abzug der noch in Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen öffentlich zu fordern. Dabei hat er den Eindruck erweckt, dies sei nur eine Frage von Wochen oder wenigen Monaten.

Inzwischen ist Westerwelle kleinlaut geworden. Die Bündnispartner konnte er bis auf wenige Ausnahmen bislang nicht dafür gewinnen. Im Gegenteil: Durch seine vorlau-

ten und nicht abgesprochenen Vorstöße hat er dem eigentlichen Anliegen der nuklearen Abrüstung in Europa einen Bärendienst erwiesen.

- **Fazit: Schwarz-Gelb – und vor allem Außenminister Westerwelle – müssen lernen: Erfolgreiche Außenpolitik erfordert kluge Diplomatie in der Sache statt Marktschreierei zur innenpolitischen Profilierung.**

Schwächung der präventiven Friedenspolitik

Versprochen: Stärkung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, der Humanitären Hilfe und der Krisenprävention

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik noch stärker als Beitrag zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Freiheitsförderung“ sowie als „langfristige politische, kulturelle und wirtschaftspolitische Investition“ zu verstehen und sie daher „finanziell bestmöglich aus[zu]statten“ (S. 127)

→ **Gebrochen: Kahlschlag in allen Bereichen**

Mit Frank-Walter Steinmeier ist auswärtige Kulturpolitik als gestaltende Globalisierung wieder zu einem starken Pfeiler deutscher Außenpolitik geworden. Der Kontrast nach einem Jahr Schwarz-Gelb könnte stärker nicht sein: Es gab selten einen demokratie- und kulturpolitisch so fantasielosen und gleichgültigen Außenminister wie Westerwelle. Besonders dramatisch wird es, wenn man sich die Kürzungspläne für den Haushalt 2011 anschaut: Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland: minus 20 Prozent, Afrika-Hilfe: minus 22 Prozent, Krisenprävention: minus 30 Prozent, Abrüstung und Rüstungskontrolle: minus 30 Prozent, Demokratisierungshilfe und Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte – angeblich ein Anliegen der FDP: minus 50 Prozent! Und auch vor der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik macht der schwarz-gelbe Rotstift keinen Halt. Der Bundesaußenminister führt die Öffentlichkeit in die Irre, wenn er behauptet, diese Themen seien ihm besonders wichtig.

- **Fazit: Schwarz-Gelb kürzt bei allen relevanten Bereichen einer präventiven Friedenspolitik und startet damit einen Generalangriff auf eine der herausragenden Aufgaben deutscher Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung.**

Maßnahmenpaket für eine attraktivere Bundeswehr? – Fehlanzeige

Versprochen: Attraktivere Bundeswehr

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „mit Blick auf die personelle Einsatzfähigkeit ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der

Bundeswehr bis Ende 2010 vorzulegen“ (S. 125).

→ **Gebrochen: Verunsicherung geschürt**

Bis jetzt sind keine neuen Attraktivitätsmaßnahmen gestartet worden. Vielmehr werden die Angehörigen der Bundeswehr durch Ankündigungen zum drastischen Personalabbau verunsichert, obwohl die vom Bundesminister der Verteidigung eingereichte Strukturkommission noch keine Ergebnisse vorgelegt hat.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat keine Idee, wie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst verbessert, Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgebaut, Versetzungshäufigkeit reduziert - kurz: wie die Bundeswehr für junge Menschen attraktiver gemacht werden kann.**

Planlosigkeit eines Show-Ministers statt seriöser Konsenssuche bei der Bundeswehrreform

Versprochen: Einbeziehung von Gesellschaft und Opposition in die Reform der Bundeswehr

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine neue Organisationsstruktur der Bundeswehr angekündigt (S. 124). Verteidigungsminister zu Guttenberg hat mehrfach versprochen, Gesellschaft und Opposition in die Gestaltung der zukünftigen Wehrform einzubeziehen.

→ **Gebrochen: Schwarz-Gelbe Planlosigkeit, gesellschaftliche Verunsicherung**

Statt Öffentlichkeit und Opposition in die Reform der Bundeswehr einzubeziehen, sorgte Minister zu Guttenberg mit immer neuen, unausgegorenen Reformideen für tiefe Verunsicherung bei Soldatinnen und Soldaten, bei jungen Menschen und bei Beschäftigten in der Wehrverwaltung.

Mit der Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate hat der Verteidigungsminister sich über den Rat aller Experten hinweggesetzt und ein organisatorisches Chaos ausgelöst – nur um diese Entscheidung wenige Wochen später wieder in Frage zu stellen. Den jungen Männern wurde die Planungssicherheit genommen. Dieses Vorgehen kann man nur als planlos und dilettantisch bezeichnen.

Inzwischen hat Minister zu Guttenberg offenbar die Vorzüge des SPD-Modells eines freiwilligen Wehrdienstes erkannt. Das ist zu begrüßen, ändert aber nichts daran, dass die Konsequenzen der angestrebten Bundeswehrreform weitreichend und schwerwiegend sind. Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik gute Tradition, dass bei derart grundlegenden Weichenstellungen in der Sicherheitspolitik ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Parteigrenzen hinaus gesucht wird. Minister zu Guttenberg bricht mit dieser demokratischen Errungenschaft, um sich selbst als schneidiger Tabubrecher zu inszenieren. Show-Auftritte dominieren, seriöse und

demokratisch legitimierte Sicherheitspolitik nimmt Schaden.

- **Fazit: Schwarz-Gelb muss endlich seriöse, klare und detaillierte Pläne für die Reform der Bundeswehr und die Zukunft sowohl des Wehr- als auch des Zivildienstes vorlegen, um eine breite gesellschaftliche und politische Mehrheit in diesen Fragen zu gewinnen.**

Scheitern der „Bildungsrepublik Deutschland“

Versprochen: „Bildungsrepublik Deutschland“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die „Bildungsrepublik Deutschland“ und eine Stärkung der Bildungsfinanzierung versprochen. Angekündigt wurde, Maßnahmen zu ergreifen, die es den Ländern erleichtern, ihre Bildungsaufwendungen zu steigern, um das sogenannte 10-Prozent-Ziel (BIP-Anteil) für Bildung und Forschung zu erreichen (S. 59).

→ Gebrochen: Bildungsrepublik gescheitert

Schon 2008 hatte Bundeskanzlerin Merkel die Länder zum ersten Bildungsgipfel eingeladen. Ihr Anspruch: Deutschland soll zur „Bildungsrepublik“ werden. Aber auch drei ergebnislose „Bildungsgipfel“ später hat es Frau Merkel immer noch nicht geschafft, mit den Ländern verbindliche Vereinbarungen zu schließen, wie es gelingen kann, künftig 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Im Juni 2010 ist auch der dritte Bildungsgipfel gescheitert. Schlimmer noch: Faktisch haben sich Union und FDP vom 10-Prozent-Ziel verabschiedet: Ein weiterer Anlauf mit den Ländern ist nicht mehr geplant.

Für das Scheitern Merkels „Bildungsrepublik“ gibt es zwei Gründe:

- Erstens haben Union und FDP mit ihrer kurzsichtigen und klientelorientierten Steuerpolitik die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen erheblich belastet. Sie haben damit die bildungspolitische Handlungsfähigkeit der Länder, Städte und Gemeinden zusätzlich eingeengt, obwohl diese die Hauptverantwortung für das Bildungswesen in Deutschland tragen. Die Forderung der Länder, durch einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen eine tragfähige Finanzgrundlage für diese Aufgabe zu schaffen, wurde von der Bundesregierung rigoros abgelehnt.
- Zweitens ist der Bildungsgipfel an der schlechten Bildungspolitik von Ministerin Schavan gescheitert. Beispiele sind das unsoziale und fachlich schlechte Stipendiengesetz oder die so genannten „Bildungsbündnisse“, mit denen Bildungsgutscheine öffentlich finanziert, aber privat an den Bildungsinfrastrukturen vorbei verteilt werden sollten. All diese Schavan-Projekte leisten keinen nachhaltigen Beitrag für mehr Chancengleichheit oder bessere Bildung, kosten aber viel Geld. Der Widerstand vieler Länder gegen diese Vorhaben ist aus bildungspolitischer Sicht nur konsequent.

79 Prozent der Bevölkerung halten nach einer aktuellen Forsa-Umfrage die „Bildungsrepublik“ von Kanzlerin Merkel nur noch für eine Worthülse.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat ein zentrales Versprechen an die junge Generation gebrochen und die Chance zu einem echten Bildungsaufbruch in Deutschland vertan. Die Rede von der „Bildungsrepublik“ entpuppt sich als schwarz-gelbe Heuchelei.**

Stillstand bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Versprochen: Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „in Abstimmung mit den Ländern einen gesetzlichen Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren [zu] schaffen, das feststellt, inwieweit im Ausland erworbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen entsprechen. Wir wollen, dass das Verfahren einfach, transparent und nutzerfreundlich gestaltet ist und streben eine Erstanlaufstelle an. Die Möglichkeiten für Anpassungs- bzw. Ergänzungsqualifizierungen werden wir ausbauen“ (S. 78).

→ Gebrochen: Einwanderer müssen warten

Die Verbesserung der Anerkennung ausländischer beruflicher und akademischer Abschlüsse ist ein Schlüssel zur besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten. Der 7. Migrationsbericht geht beispielsweise von bundesweit etwa 500.000 zugewanderten Akademiker/innen aus, deren Qualifikation nicht anerkannt ist und die daher nicht ausbildungsangemessene Tätigkeiten ausüben müssen. In Zeiten des Fachkräftemangels und der Diskussion um qualifizierte Zuwanderung ein unhaltbarer Zustand.

Qualifizierte Einwanderer brauchen klare Rechtsansprüche auf ein Verfahren zur Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse sowie auf geförderte Maßnahmen zur Anpassungs- oder Nachqualifizierung.

Ein Anerkennungsgesetz ist längst überfällig. Ministerin Schavan hat bislang nur Eckpunkte vorgelegt (Kabinett Dezember 2009) und eine Gesetzesinitiative bis zur Sommerpause 2010 versprochen. Nun ist Herbst – und das Kabinett hat noch immer keinen Gesetzentwurf beschlossen. Stattdessen übt sich Ministerin Schavan im schwarz-gelben Streit um Zuwanderung und Integration einmal mehr im Ankündigen – und verspricht einen Kabinettsbeschluss für Dezember. Trotzdem werden die entsprechenden Mittel beim federführenden Bundesbildungsministerium im Haushaltsentwurf 2011 gekürzt.

→ Fazit: Schwarz-Gelb verschleppt den Abbau unnötiger Integrationshürden und scheitert an einer moderner Einwanderungspolitik.

Zukunftskonto Bildung beerdigt

Versprochen: „Zukunftskonto Bildung“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „jedem neu geborenen Kind (...) ein Zukunftskonto mit einem Startguthaben von 150 Euro ein[zu]richten und Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie [zu] unterstützen“ (S. 61).

→ **Gebrochen: Beerdigung erster Klasse**

Noch Anfang des Jahres hatte Schavan von ihrem Zukunftskonto für Bildung geschwärmt. Inzwischen ist klar: Das Vorhaben wurde auf unbestimmte Zeit ad acta gelegt. Auf Nachfrage der SPD teilte das Schavan-Ministerium im August mit, es seien zunächst „umfangreiche inhaltliche, rechtliche und administrative Fragen zu klären, sowie bildungspolitische Erträge und finanzielle Belastungen abzuschätzen.“ Daher seien im Regierungsentwurf für den Haushalt 2011 keine Mittel vorgesehen. Auch in den kommenden Jahren sei „keine haushaltswirksame Prämienauszahlung“ zu erwarten. Im Klartext heißt das: Beerdigung erster Klasse.

Darüber muss man nicht traurig sein: Das schwarz-gelbe Bildungssparen hätte nur die sozialen Schiefagen im Bildungssystem weiter verschärft, ohne einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsqualität zu leisten. Aber Ministerin Schavan wird durch den Vorgang einmal mehr als bloße Ankündigungsministerin entlarvt.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb ist zu einer sozial gerechten Bildungspolitik nicht in der Lage.**

Lokale Bildungsbündnisse auf Eis gelegt

Versprochen: „Lokale Bildungsbündnisse“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „vor Ort Bildungsbündnisse aller relevanten Akteure – Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung sowie Zivilgesellschaft – [zu] fördern,“ die sich mit diesem Ziel zusammenschließen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu fördern.

→ **Gebrochen: Vorhaben auf Eis gelegt**

Ministerin Schavan ist mit dem Vorhaben lokaler Bildungsbündnisse gescheitert. Bei den Verhandlungen zu zwei Bildungsgipfeln gelang es ihr noch nicht einmal, die eigenen Ministerpräsidenten von CDU/CSU von dem Konzept zu überzeugen.

Offiziell teilt das Ministerium nach wie vor mit, das Programm befinde sich derzeit „in der Phase der Konzeptionierung und Planung“. Laut Mittelfristiger Finanzplanung allerdings geht die Regierung von einem Start frühestens ab 2013 aus.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb scheitert mit groß angekündigten Bildungsprojekten am Widerstand der eigenen Landesfürsten.**

Kürzung bei Ausbildung und Berufsvorbereitung

Versprochen: Ausbildungsförderung und frühe Berufsorientierung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, jedem ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen, die frühe Berufsorientierung in den Schulen auszubauen und dafür zu sorgen, dass „in den Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) modernste Technologien für die Ausbildung zur Verfügung stehen“ (S. 62).

→ Gebrochen: Kürzung der Haushaltsmittel

Im Haushalt 2011 werden die Mittel bei der Berufsorientierung und bei der Ausbildungsförderung drastisch zusammengestrichen: Allein beim Bundesbildungsministerium werden u.a. 30 Mio. Euro zur Sicherung von Ausbildung in der Krise und in strukturschwachen Regionen gestrichen. Auch die Maßnahmen zur Berufsorientierung werden im Schavan-Haushalt um über 30 Mio. Euro gekürzt (-63%). Bei den Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden 14 Mio. Euro gestrichen (-32,5%). Diverse Ausbildungsprogramme des BMBF müssen bluten.

Hinzu kommen drastische Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, von der auch Qualifizierungsmaßnahmen betroffen sein werden. Allein 2011 sollen bei der Arbeitsförderung 2 Mrd. Euro im Bundes- und BA-Haushalt gestrichen werden. Von der geplanten Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen im SGB II und SGB III wären v.a. auch Bildungsleistungen in der Arbeitsmarktpolitik betroffen, darunter die Berufsausbildungsbeihilfe, die Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen, die Unterstützung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

→ Fazit: Schwarz-Gelb kürzt bei den Ausbildungschancen der jungen Generation.

Implosion des Nationalen Stipendienprogramms

Versprochen: Stipendien für 160.000 Studierende

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, den „Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden zu erhöhen. (...) Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten eingeworbene Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat (...) bis zur Hälfte öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen“ (S. 60).

→ Gebrochen: Höchstens 10.000 Stipendien

Als im Juni das Nationale Stipendiengesetz mit schwarz-gelber Mehrheit im Bundestag verabschiedet wurde, war bereits klar, dass dieses Gesetz das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist. Für das erste Gesetzesvorhaben in der Bildungspolitik erntete Schwarz-Gelb zu Recht massive Kritik von allen Seiten. Das Programm verschärft die Chancenunterschiede im Studium, schafft bürokratische Belastungen für die Hochschulen und führt zu Beliebigkeit in der Studienförderung. Selbst konservative Studierenden-Verbände bezeichneten das Vorhaben schlichtweg als „Quatsch“. Und sogar die von Union und FDP zur Anhörung im Bundestag bestellten Experten bescheinigten dem Stipendienprogramm erhebliche Mängel.

Um einer Niederlage zu entgehen und ihr Prestigeprojekt trotz Widerstand durch den Bundesrat zu drücken, entband Ministerin Schavan die Länder von der Mitfinanzierung und sagte zu, den öffentlichen Anteil komplett aus Bundesmitteln zu finanzieren. Deshalb musste sie die erste Novelle vorlegen, noch bevor das Gesetz überhaupt in Kraft getreten war.

Die Vorstellung aber, bis zu 160.000 Studentinnen und Studenten über das Programm fördern zu wollen, um eine Stipendiatenquote von 10 Prozent zu erreichen, war von Anfang an eine schwarz-gelbe Illusion. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die Gelder, die von privater Seite derzeit in die Hochschullandschaft fließen, bundesweit nahezu verdoppelt werden.

Deshalb wurde das Programm von Schwarz-Gelb auf extreme Sparflamme herunter gefahren. Ergebnis ist eine regelrechte Implosion der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel. Statt 150 Mio. Euro wird der Bund nur noch 20 Mio. Euro im Jahr aufwenden. Statt 160.000 können rechnerisch höchstens noch 10.000 Studierende gefördert werden. Parallel dazu kürzt Schwarz-Gelb die Mittel für die Begabtenförderwerke. Im Haushalt 2011 sollen die Mittel um ein Drittel sinken.

→ **Fazit: Statt der von Schwarz-Gelb versprochenen „neuen Stipendienkultur“ mit Chancen für alle gibt es nun erstmals ein eigenes, nur vom Bund betriebenes Fördergesetz für einige wenige. Statt alle Talente zu fördern, werden die Mittel dafür gestrichen.**

Gefährdung des BAföG

Versprochen: Weiterentwicklung des BAföG

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „das BAföG [zu] sichern und weiter[zu]entwickeln“ (S. 60).

→ **Gebrochen: Mini-Erhöpfung verschleppt**

Noch vor wenigen Jahren hatte Schavan erklärt: „Das BAföG-System ist längst überaltert.“ Die Abschaffung des BAföG sei „ganz sicher“ ein anzustrebendes Reformprojekt. Daher war von Anfang an klar, dass das schwarz-gelbe „Versprechen“ beim BAföG für Ministerin Schavan lediglich Alibi-Funktion hatte, um von der Kritik

am unsozialen Stipendien-Vorhaben abzulenken. Mit der kleinen BAföG-Novelle brachte Schwarz-Gelb nicht mehr als ein paar Trippelschritte auf den Weg: eine Mini-Erhöhung der Fördersätze und Freibeträge um 2 bzw. 3 Prozent.

Statt auf die Forderung der SPD einzugehen, vor allem die Freibeträge deutlich zu erhöhen, um erheblich mehr jungen Menschen einen Rechtsanspruch auf Studienförderung zu geben, und im Gegenzug das unsoziale und unpraktikable Stipendienprogramm ad acta zu legen, zeigte Schavan – die Unbelehrbare – im Bundesrat am Ende ihr wahres Gesicht. Sie erkaufte sich mit Bundesgeld die Zustimmung zum Stipendienprogramm und ließ das BAföG erstmal im Finanzierungsstreit mit den Ländern stecken. Inzwischen ist die Novelle zwar beschlossen. Aber Schavan hatte die Studierenden erst einmal monatelang im Unklaren gelassen, ob sie wenigstens mit einer Mini-Erhöhung rechnen können.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb gefährdet das BAföG für das Prestige-Projekt Stipendienprogramm.**

Chaos bei der Studienplatzvergabe

Versprochen: Leistungsfähige Studienplatzvergabe

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Länder bei der Umgestaltung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zu einer leistungsfähigen Servicestelle [zu] unterstützen“ (S. 61).

→ Gebrochen: Anhaltendes Chaos bei der Studienplatzvergabe

Seit Jahren werden Tausende von Studienplätzen nicht besetzt, nur weil es an einer funktionierenden bundesweiten Koordinierung der Zulassungsverfahren an den Hochschulen fehlt. 18.000 nicht besetzte Studienplätze heißt: 18.000 junge Menschen, die studieren wollen, aber nicht studieren können. Deshalb muss das Versprechen, die ZVS zu einer leistungsfähigen Servicestelle für die Hochschulzulassung umzugestalten, rasch realisiert werden.

Gemeinsam mit den Ländern versucht Ministerin Schavan schon seit drei Jahren, ein bundesweites Koordinierungsverfahren auf den Weg zu bringen, das für den notwendigen Abgleich von Mehrfachbewerbungen sorgt und freibleibende Studienplätze vermeidet. Schon einmal hat Frau Schavan den Start des neuen Koordinierungsverfahrens verschieben müssen – von 2010 auf 2011. Inzwischen wird deutlich: Die Bildungsministerin ist mit ihrem Zeitplan erneut in Verzug geraten. Ob der Start wie versprochen 2011 gelingen kann, wird immer ungewisser.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verlängert durch Chaos im Reformmanagement das Chaos bei der Studienplatzvergabe.**

Steuerliche Forschungsförderung abgesagt

Versprochen: Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung“ versprochen, die „zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst“ (S. 15). Monatelang verkündete die schwarz-gelbe-Regierung in regelmäßigen Abständen, bald eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen. 1,5 Milliarden Euro wollte Forschungsministerin Schavan dafür in die Hand nehmen.

→ Gebrochen: Steuerliche Forschungsförderung abgesagt

Im September 2010 musste die Bundesregierung auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion schließlich Farbe bekennen. In der Antwort der Bundesregierung (Drs. 17/2942) auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema gesteht Schwarz-Gelb kleinlaut ein: „Die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) ist derzeit nicht realisierbar.“

→ Fazit: Schwarz-Gelb hat besonders bei den forschenden Kleinen und Mittleren Unternehmen Vertrauen verspielt.

Das teuerste Praktikum der Welt

Versprochen: Technikbegeisterung wecken

Ministerin Schavan hat versprochen, junge Menschen durch ein so genanntes Technikum für naturwissenschaftlich-technische Studienfächer zu begeistern. In Scharen sollten junge Menschen ein Jahr in Unternehmenslaboren und Forschungsinstituten hospitieren und dadurch Anreize zur Aufnahme eines MINT-Studiums gewinnen.

→ Gebrochen: 4 Millionen Euro verbrannt

Das Vorhaben von Ministerin Schavan erwies sich als reiner Flop. Bis Mitte August 2010 absolvierten gerade einmal 31 Jugendliche ein solches Praktikum. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Frau Schavan bereits vier Millionen Euro für das Programm ausgegeben – 130.000 Euro pro Praktikumsplatz.

Jetzt zieht sie die Notbremse: Aus Mangel an Erfolg lässt Schavan das Programm stillschweigend zum Oktober 2010 auslaufen. Bleibt die Hoffnung, dass die 31 Praktikanten wenigstens tatsächlich auch ein MINT-Studium aufnehmen.

→ Fazit: Ministerin Schavan hat das teuerste Praktikum der Welt erfunden.

FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Keine Hilfe für Alleinerziehende

Versprochen: Maßnahmenpaket für Alleinerziehende

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP ein „Maßnahmenpaket“ für Alleinerziehende versprochen, das „insbesondere in verlässlichen Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende lückenlos, flexibel und niedrigschwellig bereitgestellt werden“ sollte (S. 69).

→ Gebrochen: Wirksame Hilfen für Alleinerziehende nicht zu erwarten

Das versprochene „Maßnahmenpaket“ für Alleinerziehende ist ausgeblieben. Im Gegenteil: Die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags und des Unterhaltsvorschlusses – zwei Maßnahmen, die vielen Alleinerziehenden helfen würden – wurde von Schwarz-Gelb wieder beerdigt. Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Mindestlohn, Entgeltgleichheit) lehnt Schwarz-Gelb ab. Die Umsetzung des von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruchs auf Betreuung für Unterdreijährige ab 2013 und damit die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von Union und FDP angesichts katastrophaler Kommunalfinanzien durch Untätigkeit gefährdet.

Noch nicht einmal vom Aufbau „lückenloser“ Netzwerkstrukturen kann die Rede sein. Ministerin von der Leyen plant lediglich, ab 2011 einige Projekte zum Aufbau von Netzwerken vor Ort zu fördern, allerdings bei weitem nicht flächendeckend.

→ Fazit: Schwarz-Gelb lässt Alleinerziehende allein.

Kürzung statt Ausweitung des Elterngeldes

Versprochen: Ausweitung des Elterngeldes

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, das Elterngeld weiterzuentwickeln und dabei unter anderem die Partnermonate zu stärken (S. 69).

Bundesfamilienministerin Schröder versprach Anfang des Jahres sogar, schon im ersten Quartal 2010 einen Gesetzentwurf vorzulegen, um u.a. die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier zu erweitern und die maximale Bezugsdauer von 14 auf 16 Monate zu verlängern. Mehrfach versprach Ministerin Schröder, dieses Vorhaben trotz der schwierigen Haushaltslage auch gegen Widerstände im Kabinett durchsetzen zu wollen.

→ Gebrochen: Kürzungen beim Elterngeld, Streichung für Arbeitslose

Anfang Juni kam die 180-Grad-Wende: Noch bevor die Regierung auf ihrer Klausurtagung über das schwarz-gelbe Sparpaket verhandelte, knickte die Familienministerin in vorseilendem Gehorsam ein. Plötzlich nahm sie nicht nur ihr Versprechen

zur Verbesserung des Elterngeldes wieder zurück, sondern bot im Gegenteil sogar noch Kürzungen beim Elterngeld an.

Mehr noch: Die Art und Weise, wie nun beim Elterngeld gekürzt werden soll, verschärft die soziale Schieflage in der Familienförderung. Durch die Streichung des Elterngeldes bei ALG-II-Empfängerinnen und Empfängern stehen bedürftigen Familien im ersten Lebensjahr ihres Kindes 3.600 Euro weniger zur Verfügung. Rund 130.000 Familien werden davon betroffen sein, darunter etwa 47.000 Alleinerziehende. Die nicht erwerbstätige Frau eines gutverdienenden Partners erhält dagegen weiterhin den Sockelbetrag von 300 Euro.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb schafft Familien erster und zweiter Klasse.**

Gefährdung der frühkindlichen Bildung und Betreuung

Versprochen: bedarfsgerechter Ausbau der frühkindlichen Bildung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „zum bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen“ zu stehen (S. 76).

→ **Gebrochen: Gefährdung der kommunalen Infrastrukturen**

Mit den steuerlichen Klientelgeschenken für Hoteliers und reiche Erben verschärfte Schwarz-Gelb die dramatische Schieflage der kommunalen Finanzen – und stellte damit Städte und Gemeinden vor erhebliche Problem beim dringend erforderlichen Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Die Umsetzung des von der SPD durchgesetzten Rechtsanspruchs auf Betreuung für unter Dreijährige ab 2013 gerät in Gefahr.

Familienministerin Schröder verdrängt die Probleme statt gemeinsam mit Ländern und Kommunen nach Wegen zu suchen, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2013 abzusichern.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb gefährdet den Ausbau der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung zulasten von Eltern, Kindern und Kommunen.**

Absage an Verbesserungen beim Kinderzuschlag

Versprochen: Weiterentwicklung des Kinderzuschlags

Familienministerin Schröder versprach im Januar 2010, noch im Frühjahr einen Gesetzesentwurf zur Weiterentwicklung des Kinderzuschlags vorzulegen, um die Reichweite des Kinderzuschlags auszubauen und Armutsrisiken von Kindern zu reduzieren.

→ **Gebrochen: Initiative bleibt aus**

Der von der SPD durchgesetzte Kinderzuschlag ist eine zielgenaue Maßnahme für Geringverdienende und dient dazu, dass Kinder von Eltern mit geringem Erwerbseinkommen nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Das Frühjahr ist vorbei, der Sommer auch. Doch der versprochene Gesetzentwurf der Familienministerin liegt immer noch nicht vor. Stattdessen sollen Empfängerinnen und Empfänger des Kinderzuschlags Kürzungen beim Elterngeld hinnehmen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verschärft Kinderarmut.**

Absage an Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss

Versprochen: Ausweitung des Unterhaltsvorschusses

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „das Unterhaltsvorschussgesetz dahingehend ändern, dass der Unterhaltsvorschuss (...) bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres eines Kindes gewährt wird“ (S. 69). Familienministerin Schröder versprach Anfang des Jahres, im ersten Quartal 2010 einen Gesetzentwurf vorzulegen.

→ **Gebrochen: Vorhaben abgesagt**

Es bleibt dabei: Der Unterhaltsvorschuss wird nur bis zum 12. Geburtstag gezahlt. Ohne weitere Erklärung der Ministerin verstrich die angekündigte Frist zur Vorlage des versprochenen Gesetzentwurfs. Erst im August erklärte die Bundesregierung dann auf Nachfrage, der Gesetzentwurf „befindet sich in der Ressortabstimmung. Die weitere Abstimmung ist derzeit ausgesetzt.“ Im Klartext: Das Vorhaben wurde beerdigt.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verweigert die bessere Unterstützung für Alleinerziehende, die von unterhaltspflichtigen Ex-Partnern im Stich gelassen werden.**

Stillstand bei der Gleichstellung

Versprochen: Gleichstellung von Frauen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „bestehende Benachteiligungen [von Frauen] in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft [zu] beseitigen“ (S. 73).

→ **Gebrochen: Gleichstellungspolitische Lethargie**

Die Gleichstellungspolitik braucht gesetzliche Regelungen. Notwendig wäre eine

Gleichstellungspolitik, die die gleiche Teilhabe von Frauen an existenzsichernder und sozialversicherter Beschäftigung, an gerechter Bezahlung, an beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, an Führungs- und Aufsichtsfunktionen zum Ziel hat. Aber Gleichstellungspolitik findet bei Ministerin Schröder nicht statt.

Am Beispiel der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird der Stillstand besonders deutlich: Fantasielos setzt Schröder weiter darauf, dass freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft und anderer Akteure es schon richten werden. Und dies nach neun Jahren Freiwilliger Vereinbarung, die keine spürbaren Fortschritte gebracht hat. Beschämend ist: Schröder lenkt von der eigenen Untätigkeit ab und schiebt den diskriminierten Frauen auch noch die Verantwortung für die Probleme zu. Frauen seien „selbst daran schuld, dass sie zwar die besseren Noten bekommen, aber nicht die besseren Jobs“ (Die Zeit vom 22.04.2010).

→ **Fazit: Schwarz-Gelb akzeptiert die Benachteiligung von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft.**

Schwächung der Jugendpolitik

Versprochen: Stärkung der Jugendpolitik

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine „eigenständige Jugendpolitik“ versprochen sowie „eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, die junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale fördert und ausbaut“ (S. 71).

→ Gebrochen: Jugendpolitik auf dem Abstellgleis

In krassem Widerspruch zu den Lippenbekenntnissen im Koalitionsvertrag stellt Bundesjugendministerin Schröder die Jugendpolitik auf das Abstellgleis: Ab 2011 soll im Kinder- und Jugendplan des Bundes der Rotstift angesetzt werden. Kürzungen in den Folgejahren sind ebenfalls zu befürchten. Die Zukunft von zahlreichen jugendpolitischen Initiativen und Projekten sieht düster aus.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat für eine starke Jugendarbeit nichts übrig.**

Bruch der Solidarität: Klientel- und Lobbyinteressen statt Gemeinwohlorientierung

Versprochen: Besseres Gesundheitswesen ohne Zusatzbelastung für Versicherte

Minister Rösler verband seinen Verbleib im Amt mit der Durchsetzung eines fundamentalen Systemwechsels bei der Gesundheitsversorgung. Er versprach ein robustes Gesundheitssystem, „das nicht alle zwei, drei Jahre reformiert werden muss“. Es sollte besser und dabei nicht teurer werden. „Die Versicherten“, versprach Rösler, „werden keine höheren Beiträge zahlen“. „Eine hochwertige Gesundheitsversorgung“, so Union und FDP im Koalitionsvertrag, „muss vom Menschen her gedacht werden“ (S. 85).

→ Gebrochen: Steigende Beiträge für Normalverdiener und Rentner/innen

Minister Rösler ist mit immer wieder neuen Vorschlägen zu einer Gesundheitsreform gleich mehrfach im Kabinett gescheitert. Dabei wurde rasch deutlich: Ein steuerfinanzierter Sozialausgleich, der diesen Namen verdient, wird nicht kommen.

Mit der nun vom Bundeskabinett beschlossenen Reform plant Schwarz-Gelb massive Zusatzbelastungen für die Versicherten. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Für sie steigen die Beiträge künftig doppelt so stark, weil die Arbeitgeberbeiträge eingefroren und ungedeckelte Zusatzbeiträge ohne Rücksicht auf das Einkommen erhoben werden. Geringverdiener werden künftig am stärksten belastet und haben kaum Aussicht auf sozialen Ausgleich. Die Gesetzliche Krankenversicherung wird geschwächt, die Privaten Krankenkassen massiv begünstigt.

Von den hochtrabenden Plänen Röslers für einen großen Wurf ist nichts mehr übrig geblieben. Der Gesetzentwurf des Ministers ist „ein Zeichen seiner Niederlage“ (SZ vom 22.09.2010). Und einmal mehr zeigt sich, dass Schwarz-Gelb auch in der Gesundheitspolitik nicht „vom Menschen“, sondern von den Lobbyinteressen ihrer Klientelgruppen her denkt, in diesem Fall der Pharmaindustrie und der Privaten Krankenversicherungen.

→ Fazit: Schwarz-Gelb bricht den Sozialvertrag einer solidarischen Gesundheitsversorgung. Union und FDP bedienen die Interessen von Klientelgruppen zu Lasten der Solidargemeinschaft und belasten einseitig Gering- und Normalverdiener. Rösler ist als Gesundheitsminister gescheitert. Merkel stellt die Weichen in die Zweiklassenmedizin.

Drohende Mehrkosten statt Einsparungen bei Arzneimitteln

Versprochen: Einsparungen bei den Kosten für Arzneimittel

Gesundheitsminister Rösler hat Einsparungen im Arzneimittelbereich versprochen und als oberstes Ziel ausgegeben.

→ Gebrochen: Drohende Mehrkosten durch Reformgesetz

Mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung (AMNOG) drohen Mehrkosten statt Einsparungen bei den Arzneimitteln.

Die zwei Milliarden Euro, die Minister Rösler mit dem geplanten Vertragsmodell einsparen will, sind eine reine Phantasiesumme. Denn im ersten Jahr nach der Zulassung können die pharmazeutischen Hersteller die Preise für Arzneimittel mit Zusatznutzen weiter völlig frei festsetzen. Auf der Grundlage dieser Mondpreise sollen dann Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband über einen Erstattungspreis stattfinden.

Die Hersteller wären dumm, wenn sie ihren Aufwand für zusätzliche Studien, die für die Nutzenbewertung nötig sind, und die zu erwartenden Rabatte nicht im Einstiegspreis berücksichtigen würden. Damit steigen die Preise im ersten Jahr sogar. Am Ende aller Verhandlungen wird im günstigsten Fall ein Preis stehen, wie er auch nach dem bisherigen Verfahren zustande gekommen wäre. Billiger werden neue Arzneimittel so nicht.

→ Fazit: Statt Einsparungen drohen Mehrkosten bei den Arzneimitteln.

Weniger Chancen statt bessere Integration

Versprochen: Mehr Chancen zur Integration von Migrantinnen und Migranten

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als „Schlüsselaufgabe“ bezeichnet und versprochen, „Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Zuwandererfamilien alle Chancen eines weltoffenen Landes [zu] eröffnen und ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe [zu] ermöglichen“ (S. 75).

→ Gebrochen: Beschneidung von Teilhabechancen

Schwarz-Gelb tut nichts, um Integration durch Chancen und Teilhabe voranzubringen. Im Gegenteil:

- Integration heißt früher Besuch einer Kita. Den Kommunen aber wurde über Steuergeschenke an Klientelgruppen das Geld genommen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung voranzutreiben.
- Integration heißt gute Berufsausbildung. Bei Maßnahmen zur Berufsorientierung und Ausbildungsförderung aber setzt Schwarz-Gelb den Rotstift an.
- Integration heißt, eine zweite Chance zu bekommen. Doch Schwarz-Gelb kippt den Rechtsanspruch auf Nachholen des Schulabschlusses und ersetzt ihn durch eine Ermessensleistung, damit auch hier gekürzt werden kann.
- Integration heißt, dass ausländische Abschlüsse anerkannt werden. Doch Schwarz-Gelb kürzt die entsprechenden Haushaltsansätze im Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Anerkennung von Leistungen und Zertifikaten und hat trotz Ankündigung immer noch kein Anerkennungsgesetz vorgelegt.
- Integration heißt Arbeit. Doch Schwarz-Gelb will ausgerechnet bei der Arbeitsvermittlung in den kommenden Jahren immer schärfer kürzen.
- Integration heißt, soziales Miteinander im Stadtteil zu stärken. Doch Schwarz-Gelb kürzt in der Städtebauförderung und gefährdet das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“.

→ Fazit: Schwarz-Gelb schwächt die Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten. Die Koalition wird dadurch selbst zum Integrationshemmnis.

Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft

Versprochen: Überprüfung der Optionspflicht für hier geborene Menschen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Erfahrungen mit der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht „auf möglichen Verbesserungsbedarf sowohl in

verfahrens- als auch materiellrechtlicher Hinsicht“ zu überprüfen „und ggf. entsprechende Änderungsvorschläge“ zu erarbeiten.

→ **Gebrochen: Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft**

Seit 2008 werden zahlreiche in Deutschland geborene Kinder optionspflichtig. Doch Änderungen am Staatsangehörigkeitsrecht, etwa die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, sind von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten. Innenminister de Maizière hat im September in einem Interview seine Ablehnung als ideologische Grundsatzfrage bekräftigt (Die Zeit, 16.09.2010).

→ **Fazit: Schwarz-Gelb lehnt die doppelte Staatsbürgerschaft als pragmatisches Angebot aus ideologischen Gründen ab.**

Vernachlässigung der Integrationskurse

Versprochen: Ausweitung der Integrationskurse

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Integrationskurse als „wirksamstes Instrument der Sprachförderung des Bundes“ zu „flexibilisieren und quantitativ und qualitativ auf[zu]werten“ (S. 75).

→ **Gebrochen: Fehlende Plätze in den Kursen**

Die Mittel für Integrationskurse müssten dringend aufgestockt werden. Doch die Mittel im Haushalt 2011 stagnieren, obwohl sie nicht ausreichen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht sachgerecht handeln kann. Teilnehmer ohne gesetzlichen Anspruch müssen derzeit mindestens drei Monate auf einen Kurs warten. Außerdem kürzt die Bundesregierung bei der Migrationsberatung.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb fordert sprachliche Integration, verweigert aber das Geld, um integrationswillige Migrantinnen und Migranten zügig in einen Sprachkurs zu vermitteln.**

Blockade bei der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

Versprochen: Steuerung der Fachkräftezuwanderung und Abbau bürokratischer Hürden

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte [zu] steigern und die Zuwanderung nach Deutschland [zu] steuern. Bürokratische Hindernisse für qualifizierte Arbeitnehmer sind abzubauen.“ (S. 22f.).

→ **Gebrochen: Änderungen am Arbeitsmigrationsrecht ausgeschlossen**

Fachkräfte, die nach Deutschland möchten, stehen vor erheblichen rechtlichen und bürokratischen Hürden. Doch Innenminister de Maizière ignoriert sowohl die Probleme als auch den Koalitionsvertrag: Er will Stillstand. Das Einwanderungsrecht sei „zuwanderungsoffen und genügend flexibel“. Gesetzesänderungen lehnt er ab.

Doch Deutschland braucht eine besser gesteuerte Einwanderung im eigenen Interesse. Die SPD hat den Zuzug von Hochqualifizierten erleichtert und die Regeln für die Beschäftigung von qualifizierten Ausländerinnen und Ausländern vereinfacht. Der Weg der Modernisierung ist fortzusetzen, um angesichts des demografischen Wandels im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen können.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb blockiert eine klug gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern und verschärft damit den Mangel an Fachkräften, auf die unsere Volkswirtschaft angewiesen ist.**

Arbeitgeberinteressen vor Arbeitnehmerdatenschutz

Versprochen: Schutz vor Bespitzelung am Arbeitsplatz

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirksam [zu] schützen und Arbeitnehmerdatenschutz zu verbessern“ (S. 106).

→ **Gebrochen: Lizenz zur Bespitzelung**

Lidl, Deutsche Bahn, Telekom, Burger King – in den vergangenen Jahren ist mehr als einmal die skandalöse Überwachung von Arbeitnehmern durch ihre Arbeitgeber aufgedeckt worden. Wir brauchen ein spezielles Beschäftigtendatenschutzgesetz, das klarstellt, dass Arbeitnehmer auch bei der Arbeit ein Recht auf Privatsphäre haben, und das vor den besonderen Risiken als abhängig Beschäftigte wirksam und eindeutig schützt.

Die SPD-Bundestagfraktion hat bereits im November 2009 einen eigenen Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz in den Bundestag eingebracht. Schwarz-Gelb dagegen konnte sich bis August 2010 keinen gemeinsamen Gesetzentwurf einigen.

Das Ergebnis des langen Hickhacks zwischen dem schwarzen Innen- und dem gelben Justizressort ist eine unzureichende Vorlage: Der Ende August vom Bundeskabinett endlich beschlossene Gesetzentwurf zieht keine Lehren aus den Datenschutzskandalen der Vergangenheit. Schwarz-Gelb zu, was dringend verboten werden müsste. Unter dem Schutz des neuen Gesetzes finden sich Arbeitnehmer unter Beobachtung von Videokameras wieder, können mittels GPS-Systemen jederzeit von ihrem Arbeitgeber geortet werden und müssen ertragen, dass ihr Arbeitgeber die Inhalte ihrer E-Mails lesen kann. Außerdem bleibt das Gesetzesvorhaben bei

der Sanktionierung von Arbeitgebern, die gegen den Datenschutz verstoßen, an vielen Stellen lückenhaft und damit zahnlos. Und es macht die weitreichende Bespitzelung auch im privaten Bereich sowie automatisierten Datenabgleich möglich.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb schützt Arbeitgeber vor Bestrafung statt Arbeitnehmer vor Bespitzelung.**

Zustimmung zur Verletzung des Datenschutzes beim SWIFT-Abkommen

Versprochen: Rechts- und Datenschutz beim SWIFT-Abkommen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, sich „bei den Verhandlungen zum SWIFT-Abkommen (...) für ein hohes Datenschutzniveau (...) und einen effektiven Rechtsschutz ein[zuzusetzen“ (S. 107).¹

→ Gebrochen: Unzureichender Daten- und Rechtsschutz

Anfang 2010 sorgte Innenminister De Maizière mit seiner Enthaltung im EU-Ministerrat dafür, dass die erste Version des SWIFT-Abkommens durchgewunken wurde. Diese Version brachte erst das Europäische Parlament im Februar 2010 zu Fall, weil der Rat das Parlament umgehen wollte und der Text nicht den europäischen Datenschutzstandards entsprach.

Obwohl auch das neue Abkommen, das seit 1. August 2010 in Kraft ist, weder ausreichende Datenschutzstandards noch effektive Kontroll- und Rechtsschutzmechanismen enthält, hat Schwarz-Gelb in Brüssel zugestimmt. Die Speicherfristen sind unangemessen, die allgemeine Löschfrist von fünf Jahren ist zu lang. Zudem ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung höchst fraglich, ob ganze Datenpakete in die USA geschickt werden dürfen, die dort dann bis zu fünf Jahre schlummern.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb stellt bei SWIFT Überwachung vor Rechtsschutz.**

Untätigkeit beim Datenschutz im Internet

Versprochen: Mehr Datenschutz im Internet

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „für mehr Datenschutz (...) im Internet zu sorgen“ (S. 101).

¹ Das SWIFT-Abkommen soll den US-Sicherheitsbehörden im Zuge der Bekämpfung des internationalen Terrorismus den Zugriff auf grenzüberschreitende Überweisungs-Daten von Bürgern und Unternehmen aus der EU sichern.

→ **Gebrochen: Ankündigungen statt Initiativen**

Notwendig wäre ein umfassendes Datenschutzkonzept für die digitale Welt. Auch Innenminister de Maizière sagt, das Datenschutzrecht müsse an das Internet-Zeitalter angepasst werden. Doch vorgelegt hat er bislang nichts.

Und das, obwohl Autos der Internet-Suchmaschine Google seit Monaten durch deutsche Städte fahren und Hausfassaden fotografieren, um die Ansichten ganzer Städte für ihr Angebot „Google Street View“ online zu stellen. Was tut der Innenminister? Er schaut den bunten Autos hinterher.

Wo schnelles Handeln gefragt wäre, zaudert de Maizière und lässt besorgte Bürger allein. Statt rasch zu reagieren, lehnt er einen einmütigen Vorschlag der Bundesländer ab, ohne eine Alternative zu präsentieren. Neben einem umfassenden Datenschutzkonzept brauchen wir einen gesetzlichen Rahmen zur Darstellung von öffentlichen Räumen im Internet, der die Chancen und Möglichkeiten des Internets sieht und zugleich vor Übergriffen auf die Privatsphäre der Bürger/innen schützt.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verweigert verlässlichen Datenschutz im Internet.**

Untätigkeit bei der Stiftung Datenschutz

Versprochen: Stiftung Datenschutz

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „eine Stiftung Datenschutz [zu] errichten, die den Auftrag hat, Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit zu prüfen, Bildung im Bereich des Datenschutzes zu stärken, den Selbstschutz durch Aufklärung zu verbessern und ein Datenschutzaudit zu entwickeln“ (S. 106).

→ **Gebrochen: Konzept- und Tatenlosigkeit**

Das angekündigte Datenschutzaudit, mit dem datenverarbeitende Stellen ihr Datenschutzkonzept und ihre technischen Einrichtungen prüfen lassen können, und mehr Datenschutz für die Verbraucher sind dringend notwendig. Doch außer der hübschen Verpackung einer „Stiftung“ ist nichts geklärt. Niemand weiß, was Inhalt sein soll. Ein Konzept liegt nicht vor. Obwohl das Datenschutzaudit schon in der letzten Wahlperiode als dringend zu erledigende Aufgabe auf der Agenda stand, ist die Bundesregierung auch nach einem Jahr noch keinen Schritt vorangekommen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb ist beim Datenschutz handlungsunfähig.**

Drohende Verschlechterung der Sanierungschancen von Insolvenzbetrieben

Versprochen: Reform des Insolvenzrechts zur Verhinderung von Firmenpleiten

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unternehmen [zu] erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen [zu] ermöglichen.“ Eine „wesentliche Errungenschaft der Insolvenzordnung“ sei die Gleichbehandlung aller Gläubiger“ (S. 18). Versprochen wurde, bis Mitte 2010 einen Gesetzentwurf vorzulegen.

→ **Gebrochen: Reform lässt auf sich warten**

Ein Gesetzentwurf der Koalition liegt trotz Ankündigung noch immer nicht vor. Der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Gläubiger wird von Schwarz-Gelb gebrochen: Zwar hat die Bundesregierung wegen massiver Kritik ihren Plan wieder fallen lassen, durch Wiedereinführung des „Fiskusprivilegs“ die bevorrechtigte Befriedigung des Fiskus vor den anderen Gläubigern zu erreichen. Geplant ist nun allerdings die Bevorzugung des Fiskus mit einem Steuertrick: Bei der Umsatzsteuer, die Krisenunternehmen abführen müssen, soll der Fiskus bessergestellt werden als bisher. Im Ergebnis werden die Sanierungschancen betroffener Unternehmen verschlechtert.

→ **Fazit: Unter Schwarz-Gelb droht die Verschlechterung der Sanierungschancen von Insolvenzunternahmen.**

Erpressbarkeit bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Versprochen: Dokumentationsstätte „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Dokumentationsstätte „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin „entsprechend den gesetzlichen Vorgaben“ einzurichten (S. 95).

→ **Gebrochen: Konzeptionslosigkeit, Erpressbarkeit und die „Lex Steinbach“**

Rückschritt bei der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Noch immer liegt kein Konzept für die Ausstellung vor. Stattdessen gibt es ständig negative Schlagzeilen, befördert durch geschichtsvergessene Äußerungen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach.

Auch wurde die Ankündigung, die Dokumentationsstätte „entsprechend den gesetzlichen Vorgaben“ einzurichten, bereits insofern ad absurdum geführt, als die noch von der Großen Koalition beschlossene Gesetzesgrundlage von Schwarz-Gelb erst einmal revidiert wurde – als Ergebnis einer „Erpressung“ durch den Bund der Vertriebenen (BdV): Mit der Drohung, die Benennung der Vorsitzenden Erika Steinbach für den Stiftungsrat nicht zurückzuziehen, hat der BdV Interessen durchgesetzt.

- **Fazit: Schwarz-Gelb ist geschichtspolitisch von Rechts erpressbar. Merkel lässt es zu, dass unter dem Dauerzankapfel Erika Steinbach nicht nur die „Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung“, sondern das Ansehen Deutschlands bei seinen Nachbarn leidet.**

Vertagung statt Realisierung des Humboldt-Forums

Versprochen: Realisierung des Humboldt-Forums

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „den Bundestagsbeschluss zum Bau des Humboldt-Forums am historischen Ort und in der äußeren Gestalt des Berliner Stadtschlusses“ zu realisieren (S. 95).

→ Gebrochen: Baubeginn in die nächste Legislaturperiode vertagt

Mit dem Beschluss der Bundesregierung über das Sparpaket hat Schwarz-Gelb den Baubeginn auf das Jahr 2014 vertagt und damit in die nächste Legislaturperiode verschoben.

- **Fazit: Schwarz-Gelb gefährdet das zentrale Kulturprojekt der Hauptstadt.**

Schwarz-Gelbe Netto-Lüge

Versprochen: Entlastung unterer und mittlerer Einkommen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „eine steuerliche Entlastung insbesondere für die unteren und mittleren Einkommensbereiche sowie für die Familien mit Kindern in einem Gesamtvolumen von 24 Mrd. Euro (volle Jahreswirkung) im Laufe der Legislaturperiode“ vorzunehmen (S. 10). Den Einkommensteuertarif wollte Schwarz-Gelb bis zum 1. Januar 2011 zu einem Stufentarif umbauen (S. 11). „Mehr Netto vom Brutto“, lautete das zentrale Versprechen von Schwarz-Gelb – erst im Bundestagswahlkampf 2009, dann im Koalitionsvertrag, dann im NRW-Landtagswahlkampf 2010.

→ Gebrochen: Die schwarz-gelbe Netto-Lüge

Zwar wurden zu Jahresanfang Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöht. Aber kaum war die NRW-Wahl verloren, kassierte Kanzlerin Merkel das Steuerentlastungsversprechen ein. Dass die versprochenen Steuersenkungen angesichts der krisenbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte und des enormen strukturellen Konsolidierungsbedarfs unrealistisch waren, stand bereits vor der Bundestagswahl und bei der Formulierung des Koalitionsvertrages fest. Aber Union und FDP haben den Bürgerinnen und Bürger wider besseres Wissen falsche Hoffnungen gemacht.

Mehr noch: Durch Kürzungen beim Elterngeld für Familien und weitere Maßnahmen des schwarz-gelben Sparpakets, durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte (darunter Millionen Rentnerinnen und Rentner), steigende Mieten sowie durch steigende Gebühren für Kinderbetreuung, Wasser oder Müllentsorgung in den Kommunen sorgt Schwarz-Gelb für zusätzliche Belastungen statt Entlastungen vor allem bei unteren und mittleren Einkommen.

→ Fazit: Merkel ist des politischen Betrugs überführt. Normal- und Geringverdienern bleibt nicht mehr, sondern weniger Netto vom Brutto.

Haushalt: Soziale Spaltung und Schuldenrekord

Versprochen: Gerechte Finanzpolitik, Einhaltung der neuen Schuldenregel

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die im Grundgesetz neu verankerte Schuldenbremse“ umzusetzen und „eine generationengerechte Finanzpolitik“ zu praktizieren (S.6).

→ Gebrochen: Konsolidierungspolitik „auf Lücke“

Union und FDP wollten eine noch viel restriktivere Schuldenbremse: Öffentliche Verschuldung sollte gar nicht mehr möglich sein – schon gar nicht bei konjunkturel-

ler Stabilisierung.

Aber auch die neue Schuldenregel, die konjunkturelle und in gewissem Umfang auch strukturelle Verschuldung erlaubt, wird von Schäuble und Schwarz-Gelb nicht eingehalten werden: Das Konsolidierungspaket der Regierung enthält Luftbuchungen und Hoffnungswerte in zweistelliger Milliardenhöhe. Insbesondere in den Jahren ab 2013 überwiegen die Lücken.

Die von Schwarz-Gelb beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen belasten vor allem sozial Schwächere und Familien. Die vorgesehenen Beiträge der Wirtschaft – wenn sie denn überhaupt ins Gesetzblatt kommen – fallen demgegenüber bescheiden aus. Einen Beitrag der Vermögenden und Spitzenverdiener sucht man bei Schwarz-Gelb vergebens. Genau hier müsste allerdings angesetzt werden, um mit einer gerechten Lastenverteilung die Konsolidierungserfordernisse aus neuer Schuldenregel und Europäischem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu erfüllen.

Viel eher ist zu erwarten, dass Schwarz-Gelb bereits im nächsten Jahr ein weiteres Sparpaket zu Lasten der Schwächeren auflegen wird. Wenn sowohl die jetzige wie auch die zukünftigen Generationen unter der Politik von Union und FDP so leiden müssen, kann nur von „generationenungerechter“ Finanzpolitik gesprochen werden.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und verschuldet den Staat.**

Klientelgeschenke statt Steuergerechtigkeit

Versprochen: Gerechtigkeit im Steuersystem

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „gerechteres Steuersystem“ versprochen (S. 6).

→ **Gebrochen: Steuerprivilegien für Gutverdiener**

Steuergerechtigkeit wird pervertiert zur Maxime: Schwache Schultern tragen mehr als Starke. Schwarz-gelbe Steuerpolitik entlastet vor allem Unternehmen, Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen sowie reiche Erben.

Wesentliche Beispiele für die steuerliche Klientelpolitik von Schwarz-Gelb sind die Einführung des Umsatzsteuerprivilegs für Hotels, die Rückgängigmachung wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmensteuerreform 2008 sowie die unzulässige Erweiterung der steuerlichen Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer.

Selbst bei der Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen haben Union und FDP das soziale Ungleichgewicht vergrößert: Die unterschiedlichen Entlastungswirkungen von Kindergeld und Kinderfreibeträgen haben dazu geführt, dass Kinder aus Spitzenverdiener-Familien monatlich 93 Euro mehr erhalten als Kinder von Normalverdienern (bisher betrug die Spreizung bis zu 74 Euro). Gerecht wäre es, jedes Kind gleich zu fördern, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb macht das Steuersystem ungerechter.**

Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen

Versprochen: Ausgewogene Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „auf eine ausgewogene Lastenverteilung zwischen den Ebenen der öffentlichen Haushalte achten“ zu wollen (S. 20). Ausdrücklich versprach Schwarz-Gelb, Maßnahmen zu ergreifen, die es den Ländern erleichtern, ihre Bildungsaufwendungen zu steigern (S. 59). Eine Gemeindefinanzkommission soll Vorschläge zur Neuausrichtung der Gemeindefinanzierung erarbeiten (S. 14).

→ **Gebrochen: Zunehmende Schieflage in der Finanzausstattung der föderalen Ebenen**

Keine zwei Monate nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages beschloss Schwarz-Gelb das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben verteilte, aber den Ländern und Kommunen Steuerausfälle in Milliardenhöhe bescherte. Insgesamt verursachen die schwarz-gelben Steuergeschenke Mindereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von gut 10 Mrd. Euro. Die Kommunen sind mit Ausfällen in Höhe von 2,2 Mrd. Euro betroffen.

Die Forderung der Ministerpräsidenten, die Finanzausstattung der Länder zu verbessern, um zusätzliche Bildung finanzieren zu können, hat Merkel beim dritten Bildungsgipfel im Juni 2010 zurückgewiesen.

Auch die Gemeindefinanzkommission wird die Kommunen nach bisherigem Stand nicht weiterbringen. Im Gegenteil: Die Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer stellen eine erhebliche, dauerhafte Gefährdung der Kommunalfinanzen dar.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb gefährdet die Handlungsfähigkeit der Länder, die Kommunalfinanzen und die Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden.**

Zaungast bei der Finanzmarktregulierung

Versprochen: Regulierung der Finanzmärkte

Der Koalitionsvertrag verspricht, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen. Denn in Zukunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, der nicht reguliert und beaufsichtigt sind“ (S. 52).

→ **Gebrochen: Mutlose Symbolpolitik**

In der Finanzmarktpolitik der Koalition kann von einer Vorreiterrolle auf europäischer und internationaler Ebene keine Rede sein: Schwarz-Gelb trägt dazu bei, dass in europäischen und internationalen Gremien die „kleinen“ Kompromissen vorherrschen. Bei der Umsetzung der entsprechenden europäischen Richtlinien in nationales Recht geht die schwarz-gelbe Koalition nur in ganz wenigen Fällen über die im Ergebnis meist unzureichenden Vorgaben der EU hinaus.

Auch der deutsch-französische Vorstoß vom Juli zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer droht im Sande zu verlaufen. Offensichtlich sind die vergangenen Monate von Minister Schäuble nicht dazu genutzt worden, die europäischen Partner von der Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer zu überzeugen. Der Schwindel dabei: In Wirklichkeit will weder Schäuble noch die FDP die Finanztransaktionssteuer. Europa wird als Ausflucht vorgeschoben.

Beim Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte hat Schwarz-Gelb zwar einmal in nationaler Initiative gehandelt, aber letztlich ging es dann doch um reine Symbolpolitik: Die im Gesetz enthaltenen Verbote spekulativer Börsengeschäfte entfalten aufgrund ihrer Beschränkung auf das Inland und auf die ohnehin regulierten Börsen nur geringe Wirksamkeit.

Mittlerweile hat Schwarz-Gelb im Rahmen des Restrukturierungsgesetzes ein Reorganisations- bzw. Sanierungsverfahren für Banken vorgelegt. Diese Initiative ist grundsätzlich richtig – nur muss jetzt darauf geachtet werden, dass sie im weiteren Gesetzgebungsverfahren nicht zur Unkenntlichkeit verwässert wird. Dass Deutschland im Basel III-Prozess sinnvolle Einzelregelungen erreicht hat, ändert nicht das Gesamtbild eines mutlosen und willensschwachen Zaungastes der Entwicklung.

→ **Fazit: Statt eine Vorreiterrolle bei der Regulierung der Finanzmärkte einzunehmen, wird Deutschland unter Schwarz-Gelb zum Bremser und Nachzügler.**

Reform der nationalen Finanzmarktaufsicht auf Eis gelegt

Versprochen: Reform der Finanzmarktaufsicht

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammen(zu)führen“ (S. 54).

→ **Gebrochen: Finanzminister Schäuble legt Reform auf Eis**

Bundesfinanzminister Schäuble hat die versprochene Reform verschoben. Das ist nicht überraschend. Denn die schwarz-gelben Pläne zur Reform der Finanzaufsicht waren völlig unausgegoren. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Übertragung der gesamten Finanzmarktaufsicht auf die Bundesbank wäre eine klare Fehlentscheidung gewesen: Eine Unterstellung der Bundesbank unter die Rechts- und Fachaufsicht der Bundesregierung hätte ihre Unabhängigkeit in Frage gestellt.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb ist bei der Finanzaufsicht ratlos.**

Lobbyinteressen statt Anlegerschutz

Versprochen: Besserer Schutz für Anleger

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „ein konsistentes Finanzdienstleistungsrecht [zu] schaffen, damit Verbraucher in Zukunft besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung geschützt werden“ (S. 46).

→ **Gebrochen: Anlegerschutz wird verwässert**

Die von Schwarz-Gelb bisher beabsichtigten Maßnahmen bleiben weit hinter den geweckten Erwartungen zurück: Der vom Bundesfinanzministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf zur Stärkung des Anlegerschutzes und zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes wurde auf Druck der Lobby bereits mehrfach entschärft. Die Banken haben durchgesetzt, dass die Bemühungen um einen besseren Schutz der Anleger bei offenen Immobilienfonds wieder aufgeweicht wurden.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb weicht den Anlegerschutz auf Druck der Lobby auf.**

Bürokratisierung statt Vereinfachung des Steuersystems

Versprochen: Steuervereinfachung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren „deutlich zu vereinfachen“, „für die Anwender freundlicher zu gestalten“ und „von unnötiger Bürokratie zu befreien“ (S. 10, 12).

→ **Gebrochen: Schwarz-Gelb verkompliziert das Steuersystem durch neue Subventionen und mehr Bürokratie**

Das Ob, Wann und Wie der im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen zur Steuervereinfachung ist völlig offen. Schwarz-Gelb hat zu einer weiteren Bürokratisierung des Steuersystems beigetragen. Mit der Umsatzsteuerermäßigung für Hoteliers wurde eine neue Steuersubvention eingeführt, die Abrechnungsbürokratie zur Folge hat. Durch die Rücknahme von Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde deren Wirksamkeit ausgehöhlt und neue Steuerbürokratie geschaffen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb nimmt Bürokratie in Kauf, um Gutverdiener und Unternehmen zu begünstigen.**

Erleichterung von Steuerflucht statt Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Versprochen: Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Bemühungen im Kampf gegen die internationale Steuerhinterziehung weiter voranzutreiben (S. 14).

→ Gebrochen: Schwarz-Gelb erleichtert die Steuerflucht

Dass die schwarze-gelbe Koalition an der Bekämpfung schädlicher Steuerflucht kein Interesse hat, bewies sie durch die Rücknahme wichtiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008. Dadurch werden erneut missbräuchliche Verlustverrechnungsmodelle und Gewinnverlagerungen ins Ausland ermöglicht. Außerdem nützt Schwarz-Gelb nicht die Möglichkeiten des in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Gesetzes zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

→ Fazit: Schwarz-Gelb erleichtert Steuerflucht, statt Steuerhinterziehung zu bekämpfen.

Benachteiligung statt Gleichstellung Eingetragener Lebenspartner

Versprochen: Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „insbesondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehegatten um(zu)setzen“ (S. 12).

→ Gebrochen: Konservative Blockade

Schwarz-Gelb agiert als rechtskonservative Blockadekoalition bei der Gleichstellung von Lebenspartnerschaften. Die steuerrechtliche Gleichbehandlung soll mit dem Jahressteuergesetz 2010 gerade soweit vollzogen werden, wie es das Bundesverfassungsgericht explizit vorgeschrieben hat, nämlich im Erbschaftsteuerrecht. Bei der Einkommenssteuer bleiben Lebenspartner weiterhin benachteiligt. Die gemeinsame Adoption durch gleichgeschlechtliche Lebenspartner wird von Schwarz-Gelb weiter verweigert. Auch die Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften im Beamtenrecht lässt auf sich warten: Ein bereits für Juni 2010 angekündigter Kabinettsbeschluss steht immer noch aus.

→ Fazit: Unter Schwarz-Gelb bleiben eingetragene Lebenspartner benachteiligt.

Internationaler Glaubwürdigkeitsverlust beim Klimaschutz

Versprochen: Einsatz für den Klimaschutz

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, sich „in Kopenhagen für ein weltweites anspruchsvolles Klimaschutzabkommen“ einzusetzen und „Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz beizubehalten.“ Zudem versprachen Union und FDP, „für Deutschland einen konkreten Entwicklungspfad“ für die Treibhausgas-Emissionen festzulegen. Die Entwicklungsländer sollten „bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen“ stärker unterstützt werden. Dabei erklärte sich Schwarz-Gelb zu einer „angemessenen Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und Anpassungsprojekten bereit“ (S. 26).

→ **Gebrochen: Mangelndes Engagement, Missachtung von Zusagen**

Der Klimagipfel in Kopenhagen ist gescheitert. Das vernichtende Resümee für Schwarz-Gelb: Kein Einsatz für den Klimaschutz. Die Bundesregierung hat es durch ihr langes Zögern sowohl beim CO₂-Reduktionsziel als auch bei den Finanzierungszusagen versäumt, den Verhandlungsprozess voranzubringen. Mit der Position, Entwicklungshilfegelder mit Klimaschutzmaßnahmen zu verrechnen, hat Schwarz-Gelb Deutschland blamiert – und zum „fossil of the day“ gemacht, mit dem die NGOs die destruktivsten Vorschläge küren.

Damit noch nicht genug: Die von Schwarz-Gelb in Kopenhagen versprochenen Finanzzusagen von 420 Millionen Euro pro Jahr zwischen 2010 und 2012 werden nicht eingehalten. Wieder die schon bekannte schwarz-gelbe Haushaltstrickserei: Nur ein Sechstel der Mittel ist tatsächlich zusätzlich, der große Rest besteht aus umgetauften, schon längst bestehenden Haushaltsposten.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb macht Deutschland international unglaubwürdig, hat die deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz aufgegeben und sitzt bei den Verhandlungen seither am Katzentisch.**

Gefährdung der Energiewende statt Ausbau der Erneuerbaren Energien

Versprochen: Ausbau der Erneuerbaren Energien

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die erneuerbaren Energien konsequent aus[zuj]bauen“ (S. 27).

→ **Gebrochen: Gefährdung der Energiewende**

Die mit der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von Schwarz-

Gelb beschlossene Absenkung der Solarvergütung zum 1. Juli 2010 schadet der Branche, die intensiv in Forschung und Entwicklung investieren muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Technologieführerschaft zu halten. Der Förderstopp für Anlagen auf Ackerflächen stellt ein Hemmnis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und einen Eingriff in die Planungshoheit von Kommunen dar.

Weitere von Schwarz-Gelb angekündigte Änderungen des EEG zielen im Ergebnis sogar auf die Abschaffung dieses weltweit erfolgreichsten Instrumentes zur Förderung der Erneuerbaren Energien ab. Unter dem Schlagwort „Kosteneffizienz“ soll das EEG in den kommenden Jahren ausgehöhlt und deformiert werden. Außerdem wird das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien drastisch zurückgeführt.

Im schwarz-gelben Energiekonzept verkommt der Ausbau der Erneuerbaren Energien zum Lippenbekenntnis. Statt den „Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien“ zu beschreiten, wird mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke eine rückwärtsgewandte Kehrtwende in der Energiepolitik vollzogen. Im Ergebnis wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv behindert und die notwendige Energiewende gefährdet. Atomkraft ist keine Ergänzung – sie ist ein Hemmnis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb betreibt eine rückwärtsgewandte Energiepolitik, behindert den Ausbau der Erneuerbaren Energien und gefährdet die notwendige Energiewende.**

Atomlobbyismus statt Zukunftskonzept

Versprochen: Seriöses Zukunftskonzept in der Energiepolitik

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „ein neues Energiekonzept vor[zu]legen, das szenarienbezogenen Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert“ (S. 26f.).

→ Gebrochen: Energiekonzept verkommt zum Atomlobbyismus

Mit dem von der Bundesregierung im September 2010 beschlossenen und gegenüber ersten Entwürfen weiter abgeschwächten Energiekonzept wird Schwarz-Gelb den selbst formulierten Ansprüchen nicht gerecht: Schwarz-Gelb hat das angekündigte Energiekonzept zu einer reinen Bedienung der Atomlobby degradiert.

Ein seriöses Zukunftskonzept müsste Wege aufzuzeigen, wie die vereinbarten und formulierten Ziele im Bereich Klima und Energie erreicht werden können. Schwarz-Gelb aber hat in der Energiepolitik nur einen gemeinsamen Nenner: Den Erhalt der Atomkraft und die Stärkung der „großen Vier“ im Stromsektor. Um diese Vorgabe hat die Bundesregierung ein Konzept gestrickt, das nur dem Zweck dient, diesen schwarz-gelben Nenner zu stützen. Ob es Alternativen gibt, wird nicht untersucht. Damit stellt die Koalition das Prinzip der Zukunftsplanung auf den Kopf. Jenseits der Atompolitik bleibt das Konzept unkonkret und unglaubwürdig. Nicht nur die *Financial*

Times Deutschland (27.09.2010) fragt sich, „wie die Regierung ihre eigenen Klimaziele noch erreichen will.“

Sowohl die Atomlaufzeiten als auch eine Vielzahl weiterer Maßnahmen im Energiekonzept zielen darauf ab, die Energiekonzerne und ihre regionalen Monopole im Strommarkt weiter zu stärken. Auf der Strecke bleiben dabei der Wettbewerb, faire Preise und die Erneuerung des Energiesystems.

- **Fazit: Schwarz-Gelb hat keinen Mut zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Die mächtigste Energielobby setzt sich durch. Der Ausbau Erneuerbarer Energien wird verschleppt und blockiert. Die Energie- und Klimaziele werden verfehlt.**

Milliardengeschenke an die Atomkonzerne

Versprochen: Abschöpfung der Gewinne aus der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, dass der „wesentliche Teil der zusätzlich generierten Gewinne aus der Laufzeitverlängerung der Kernenergie (...) von der öffentlichen Hand vereinnahmt werden“ soll (S. 21).

→ **Gebrochen: Milliardengeschenke an die Atomkonzerne**

Nach dem Deal von Merkel mit den Konzernen kann von einer Abschöpfung eines „wesentlichen Teils“ zusätzlicher Atomgewinne keine Rede mehr sein: Der Atomlobby ist es erfolgreich gelungen, den Preis für die Laufzeitverlängerung massiv zu drücken.

Die Abgabe, die die Konzerne für den angekündigten Energie- und Klimafonds entrichten, ist kaum mehr als ein Feigenblatt. Bei einem geschätzten Gesamtgewinn der Konzerne durch die Laufzeitverlängerung von 100 Mrd. Euro ist die Abgabe von voraussichtlich maximal 15 Mrd. Euro über eine Zeitspanne von 30 Jahren unwesentlich. Zudem kann die Abgabe von der Steuer abgesetzt werden. Allein dadurch fließen den Unternehmen 5 Mrd. Euro wieder zurück. Außerdem haben die Konzerne einen Rabatt auf Sicherheit ausgehandelt: So verringert sich die Abgabe, wenn die Kosten für die Sicherheitsnachrüstungen der Atomkraftwerke einen Betrag von 500 Millionen Euro je Meiler übersteigen (was nach einer Aufstellung des Bundesumweltministeriums ausnahmslos der Fall ist).

Auch die angekündigte Brennelementesteuer hat sich Schwarz-Gelb von der Atomlobby kleinverhandeln lassen. Zum einen wurde die Höhe von 220 auf 145 Euro pro Gramm Uran gesenkt. Zum anderen soll sie nur befristet für gerade mal sechs Jahre eingeführt werden. Und selbst für den Fall, dass der Gesetzgeber die Steuer verlängern sollte, haben sich die Konzerne abgesichert. Auch in diesem Fall, so gestand Merkel zu, dürfen die Energieunternehmen die freiwillige Abgabe reduzieren.

Die alles zeigt: Die Laufzeitverlängerung ist nicht nur energiepolitisch falsch. Die Art der Umsetzung durch Schwarz-Gelb ist außerdem eine Verletzung demokratischer Prinzipien. Die Absicht von Schwarz-Gelb, den Atomdeal geheim zu halten, spricht für sich. Die beabsichtigte Umgehung des Bundesrates beim Beschluss über Laufzeitverlängerungen ist ein glatter Verfassungsbruch.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb verteilt Milliarden Geschenke an die Atomkonzerne und bricht die Verfassung.**

Ausverkauf der Sicherheit bei Kernkraftwerken

Versprochen: Einhaltung strenger Sicherheitsstandards

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP angekündigt, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke nur „unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern“ (S. 29).

→ Gebrochen: Ausverkauf der Sicherheit

Kernkraft kann nicht sicher sein. Doch Schwarz-Gelb tut noch nicht einmal alles dafür, um wenigstens die höchstmöglichen Standards zu erfüllen.

Die Mängelliste der deutschen Atomkraftwerke ist lang. Keines der 17 Kernkraftwerke in Deutschland ist technisch auf dem neuesten Stand: Kein Reaktor würde heute noch eine Betriebsgenehmigung bekommen. Doch die von der Atomaufsicht aufgelisteten Sicherheitsanforderungen sollen trotz Laufzeitverlängerung erst mittel- und langfristig angegangen werden. Zum Jahrestag der Terrorangriffe vom 11. September wurde außerdem klar, dass es keinen zusätzlichen Schutz der Atommeiler vor Flugzeugabstürzen geben wird, obwohl klar ist, dass ein Flugzeugeinschlag zu einer Katastrophe wie in Tschernobyl führen würde.

Welche Sicherheitsanforderungen die AKW tatsächlich erfüllen müssen, bleibt bei Schwarz-Gelb vage. Mit der Novelle zu den Sicherheitsanforderungen wird der Stellenwert von schutzwürdigen Belangen vor allem der Anwohner sogar gesenkt.

Fakt ist indes: Durchschnittlich kommt es alle zweieinhalb Tage zu einem meldepflichtigen Vorfall in einem deutschen AKW. Mit zunehmendem Alter wird diese Zahl nicht nur steigen - wir müssen auch mit immer ernsteren Zwischenfällen rechnen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb stellt das Profitinteresse der Atomkonzerne über die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.**

Lippenbekenntnisse bei der Energieeffizienz

Versprochen: Erhöhung der Energieeffizienz

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Energieeffizienz weiter [zu] erhöhen“, um „die enormen Potentiale im Bereich Energieeffizienz [zu] heben“ (S. 27).

→ **Gebrochen: Energieeffizienz bleibt Lippenbekenntnis**

Energieeffizienz – die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch – ist der Schlüssel für alle Ziele in der Klima- und Energiepolitik. Um Effizienzpotenziale systematisch zu heben, führt an verbindlichen rechtlichen Regelungen kein Weg vorbei. Aber ein Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz sucht man im schwarz-gelben Energiekonzept vergeblich. Ein Effizienzfonds soll Information und Beratung fördern. Zuerst war an 500 Mio. Euro gedacht – jetzt sollen es noch 90 Mio. Euro in 2011 sein. Das ist nicht einmal mehr der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Maßnahmen sind untauglich und unzureichend.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb wird das Ziel der Verdopplung der durchschnittlichen Primärenergieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 so nicht erreichen.**

Verzögerung transparenterer Verbraucherinformationen

Versprochen: Reform des Verbraucherinformationsgesetzes

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, das Verbraucherinformationsgesetz zu reformieren und dabei „die Ergebnisse der Überprüfung“ zu berücksichtigen. „Die Ansprüche des Verbrauchers auf Information werden in einem einheitlichen Gesetz zur Regelung der Informationsansprüche des Bürgers zusammengefasst“ (S. 46).

→ Gebrochen: Verzögerung der notwendigen Reformen

Die SPD hatte eine Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes zwei Jahre nach Inkrafttreten durchgesetzt. Dabei ist deutlich geworden, dass das Ziel des Gesetzes, mehr Transparenz und einen leichteren Zugang zu Verbraucherinformationen zu ermöglichen, noch weit entfernt ist. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen einfache, auf einen Blick erkennbare Informationen als Grundlage für ihre Konsumentscheidungen. Das Verbraucherinformationsgesetz muss zügig reformiert werden. Dazu gehört eine Smiley-Kennzeichnung der Betriebshygiene und eine Ausweitung des Anwendungsbereichs. Die Vorschläge der Experten liegen seit dem Frühjahr auf dem Tisch. Aber Ministerin Aigner legt keinen Gesetzentwurf vor.

→ Fazit: Schwarz-Gelb verzögert einen leichteren Zugang zu Verbraucherinformationen.

Verzögerung des Verbraucherschutzes im Internet

Versprochen: Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Vertragsabschlüssen im Internet

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Internet zu verbessern (S. 46): „Wir brauchen ein verpflichtendes Bestätigungsfeld für alle Vertragsabschlüsse im Internet. Mit dem verpflichtenden Preisangabefenster können wir Internetabzocke minimieren.“

→ Gebrochen: Verschleppung wirksamer Maßnahmen

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher werden Opfer von so genannten Kostenfallen im Internet. Deshalb ist dringend eine Lösung erforderlich. Die zuständigen Ministerinnen Aigner und Leutheusser-Schnarrenberger kündigen seit Monaten Maßnahmen an, passiert ist aber bislang nichts. Mit einer EU-weiten Regelung des Problems ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Eine vollmundig angekündigte Initiative Deutschlands in Richtung EU wurde zunächst dadurch konterkariert, dass Ministerin Aigner eine diesbezügliche Sitzung des EU-Verbraucherrates am 8.

Juni schwänzte und auch keinen Staatssekretär als Vertreter entsandte. Die SPD-Fraktion hat im Juli 2010 einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, aber die Regierungskoalition verschleppt eine Lösung.

- **Fazit: Schwarz-Gelb verschleppt notwendige Maßnahmen, um Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im Internet zu schützen.**

Missachtung des Verbraucherschutzes bei der Grünen Gentechnik

Versprochen: Kein Genmais

Vor der Bundestagswahl hat Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner nicht nur öffentlichkeitswirksam die Aussaat von genverändertem MON810-Mais untersagt, sondern auch versprochen, sich für die gentechnikfreien Regionen einzusetzen. Stolz präsentierte sie das „Ohne-Gentechnik-Logo“.

→ **Gebrochen: Genmais kommt**

Und nach der Wahl? In Brüssel lehnt Ministerin Aigner einen Vorschlag ab, der die gentechnikfreien Regionen hätte absichern können. Auf Druck der Futtermittelhersteller und ihrer Lobbyisten will Aigner Schwarz-Gelb die Nulltoleranz für nicht zugelassene, d.h. illegale GVOs aufgeben und einen Schwellenwert zulassen: Nicht nur für Futtermittel sondern auch für Lebensmittel. Sogar die Reinheit des Saatguts soll aufgegeben und ein Toleranzwert für GVO-Anteile eingeführt werden. Statt für den Schutz der gentechnikfreien Lebensmittelproduktion tritt Frau Aigner für die Interessen der Biotech-Lobby ein. Die zugesagte Aufklärungskampagne zu „Ohne Gentechnik“ lässt auf sich warten. Deutschland stimmt für die Zulassung weiterer Genmaissorten und die Industriekartoffel Amflora.

Und: Das Anbauverbot für MON810-Mais kann schon im nächsten Jahr fallen, denn ein Gerichtsverfahren, welches das Verbot voraussichtlich bestätigt hätte, wird auf Wunsch des betroffenen Agrarkonzerns und mit Einwilligung des Frau Aigner unterstellten zuständigen Bundesamtes ruhen gelassen.

- **Fazit: Für Schwarz-Gelb spielt Verbraucherschutz bei der Grünen Gentechnik keine Rolle.**

Keine angemessene Finanzierung der Verbraucherarbeit

Versprochen: Kartellbußgelder für Verbraucherstiftung

Am 23.12.2009 forderte Aigner öffentlichkeitswirksam, Bußgelder aus Kartellverfahren für den Aufbau einer Verbraucherstiftung zu verwenden.

→ **Gebrochen: Mittel für Verbraucherstiftung abgelehnt**

Als die SPD genau das am 4. März 2010 im Haushaltsausschuss beantragte, stimmte Schwarz-Gelb dagegen und blamierte die Ministerin. Auch im Haushaltsentwurf 2011 findet sich der Vorschlag nicht. Außer Ankündigungen nichts gewesen.

→ **Fazit: Für Schwarz-Gelb ist eine durchsetzungsstarke Verbrauchervertretung unwichtig.**

Rückwärtsgewandte Agrarpolitik statt Neuausrichtung der Landwirtschaft

Versprochen: Nachhaltige Neuausrichtung der Landwirtschaft

Union und FDP haben versprochen, eine flächendeckende, multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft zu schaffen. Sie beteuern die Bedeutung öffentlicher Güter, die durch die Landwirtschaft bereitgestellt werden.

→ **Gebrochen: Rückwärtsgewandte Agrarpolitik**

Statt zukunftsorientiertes Agieren kennzeichnen Trägheit und Konzeptionslosigkeit die Politik der Bundesregierung für die ländlichen Räume. Der schwarz-gelbe Politikansatz für den Bereich Landwirtschaft ist rückwärtsgewandt und wird den anstehenden Aufgaben (Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität, Risikomanagement) nicht ansatzweise gerecht.

Schwarz-Gelb kürzt im Haushalt 2011 die Mittel bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ um 100 Mio. Euro und bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 10 Mio. Euro. Subventionen wie beim Agrardiesel werden uneingeschränkt (ohne Obergrenze) fortgeschrieben, aber zentrale Förderinstrumente für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume gekürzt und geschwächt.

In den kommenden Monaten werden die Weichen für die europäische Agrarpolitik bis 2020 gestellt. Eigentlich bestünde mit dieser Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa eine große Chance, die Landwirtschaft nachhaltig und zukunftsweisend auszurichten. Doch die Bundesregierung weicht der Debatte um den EU-Haushalt ab 2013 aus. Die Strategie in den Verhandlungen in Brüssel zeigt deutlich, dass es um die Verteidigung des Status Quo geht, nicht aber um eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Agrarpolitik.

→ **Fazit: Eine nachhaltige Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zu einem System der „Entlohnung“ gesellschaftlich gewünschter Leistungen (vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt, der Bodenfruchtbarkeit, des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes) ist von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten.**

Ignoranz beim Tierschutz

Versprochen: Engagement für artgerechte Tierhaltung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, sich „für artgerechte Tierhaltung“ sowie dafür einzusetzen, „dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden“ (S. 50).

→ Gebrochen: Artgerechte Tierhaltung bleibt eine Worthülse

Die Möglichkeiten des Tierschutzgesetzes hinsichtlich der Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für serienmäßig hergestellte Tierhaltungssysteme wird nicht ausgeschöpft. Die angekündigte Initiative zur Begrenzung der Tiertransportzeiten ist ausgeblieben.

→ Fazit: Tierschutz ist Schwarz-Gelb nicht wichtig.

Kahlschlag bei der Städtebauförderung

Versprochen: Fortführung der Städtebauförderung auf bisherigem Niveau

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf bisherigem Niveau (...) fort[zuführen“ (S. 42). Die Städtebauförderung leiste „einen unverzichtbaren Beitrag zur lebenswerten Gestaltung von Städten und Gemeinden.“

→ Gebrochen: Kahlschlag bei der Förderung städtebaulicher Maßnahmen

Die Mittel zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (Stadtumbau, Stadtentwicklung, Soziale Stadt) werden massiv gekürzt. Entgegen der ursprünglichen Finanzplanung sollten 2011 statt 610 Mio. € nur noch die Hälfte (305 Mio. €) zur Verfügung stehen. Aufgrund massiven öffentlichen Drucks steuert die Koalition nun nach und plant, das für 2011 vorgesehene Programmvolumen auf 455 Mio. € zu korrigieren.

Dies ändert aber nichts daran, dass auch eine Kürzung um rd. 25 Prozent für Städte und Gemeinden nach dem Einbruch der Steuereinnahmen durch die Wirtschaftskrise und nach den Milliardenlasten durch schwarz-gelbe Steuerprivilegien eine weitere Hiobsbotschaft darstellen. Bei Baugewerbe und Handwerk bleiben Aufträge aus, es drohen Umsatzverluste in dreistelliger Millionenhöhe.

Hinzu kommt: Das Programm „Soziale Stadt“ soll „auf die investiven Aufgaben konzentriert werden.“ Mit anderen Worten: Gerade die integrationspolitisch besonders relevanten nicht-investiven Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lebenslagen im Quartier (z. B. Initiativen für (Aus-)Bildung, Beschäftigung und Integration) sollen gestrichen werden. Die Kürzungen werden voll durchschlagen auf die Aufwertung von Stadtteilen und Wohnbezirken, in denen Integrationsprobleme auftreten.

→ Fazit: Schwarz-Gelb legt Investitionen lahm und betreibt Kahlschlag auf Kosten der Kommunen, nicht zuletzt in Ostdeutschland.

Kahlschlag bei der CO₂-Gebäudesanierung

Versprochen: Stärkung der energetischen Gebäudesanierung

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern“ (S. 28).

→ Gebrochen: Kahlschlag beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm

Im Rahmen des Sparpakets plant Schwarz-Gelb einen regelrechten Kahlschlag bei

der CO2-Gebäudesanierung. Die Fördermittel für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm sollen drastisch zusammengestrichen werden. Auch wenn Schwarz-Gelb das ursprünglich geplante Kürzungsvolumen inzwischen etwas reduziert hat, bleibt es bei erheblichen Einschnitten: Das Fördervolumen soll von etwa 1,4 Mrd. Euro (2010) auf ca. 935 Mio. Euro (2011) gesenkt werden. Aber auch die Höhe der gekürzten Fördersumme ist unsicher: 500 Mio. Euro sollen aus dem so genannten Energiefonds kommen, der an die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke gekoppelt ist.

Die Konsequenz: Das erfolgreichste ökologische Investitionsprogramm mit einer immensen Hebelwirkung wird deutlich gekürzt. Handwerk und Beschäftigung werden Auftragseinbußen hinnehmen müssen, private und öffentliche Investitionen gehen zurück und die Klimaschutzziele rücken in die Ferne. Zu Recht lösten die Pläne einen Sturm der Entrüstung bei Ländern und Kommunen, bei den Wohnungsverbänden, bei Sanierungsträgern und beim Handwerk aus.

- **Fazit: Schwarz-Gelb bremst die energetische Gebäudesanierung aus und handelt damit nicht nur sozial und ökologisch unverantwortlich, sondern auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv.**

Schwächung von Bahn und Schiene

Versprochen: Stärkung der Bahn, Ausbau der Schiene

Zum Jahreswechsel hat Bundesminister Peter Ramsauer ein umfangreiches Ausbauprogramm der Schieneninfrastruktur versprochen, mit dem er das zukünftige Wachstum des Güterverkehrs stemmen will.

- **Gebrochen: Investitionsquote sinkt, Zukunftsstrategie Verkehrsinfrastruktur fehlt**

Bei der Förderung des Schienenverkehrs bleibt es mit Schwarz-Gelb bei reinen Ankündigungen. Wie das Ausbaupersprechen mit dem Absinken der Investitionsquote ab 2011 zu vereinbaren ist, bleibt fraglich. Auch Minister Ramsauer hat dem Sparpaket der Bundesregierung zugestimmt: Damit entzieht er der Bahn zusätzlich 500 Mio. Euro jährlich, die für Investitionen fehlen. Die Förderung des Kombinierten Verkehrs wird von Schwarz-Gelb massiv zusammengestrichen.

Eine Zukunftsstrategie zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ist nicht zu erkennen. Die Aussagen von Minister Ramsauer beim Thema Verkehrsinfrastruktur bleiben nebulös. Er verweist lediglich auf die Möglichkeit der Finanzierung unter Beteiligung von privatem Kapital im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Damit aber lässt sich der Investitionsbedarf nicht stemmen.

- **Fazit: Schwarz-Gelb hat kein glaubhaftes verkehrspolitisches Gesamtkonzept. Der Verkehrsträger Schiene wird geschwächt.**

Förderung des Kombinierten Verkehrs am Ende

Versprochen: Fortsetzung der Förderung des Kombinierten Verkehrs

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Förderung des Kombinierten Verkehrs fortzusetzen (S. 37).

→ Gebrochen: Kahlschlag bei der Förderung des Kombinierten Verkehrs

Über 80 Prozent der Mittel für Investitionen in den Kombinierten Verkehr hat Schwarz-Gelb auf einen Schlag gestrichen. Die Baukostenzuschüsse an private Unternehmen für Investitionen in den Kombinierten Verkehr wurden halbiert. Insgesamt entzieht Schwarz-Gelb dem Kombinierten Verkehr über 64 Mio. Euro an Fördermitteln.

Das Signal der Koalition ist fatal. Die Transportzahlen im Güterverkehr werden ansteigen. Notwendig wäre es daher, neue Impulse zu setzen und verstärkt in den Kombinierten Verkehr zu investieren. Die Aussage, dass es für diese Förderung keine Nachfrage gebe, wird durch das eigene Haus der Lüge überführt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat selbst bestätigt, dass beim Eisenbahn-Bundesamt und bei der Wasserschiffahrtssdirektion West derzeit Anträge auf eine Förderung des Kombinierten Verkehrs und privater Gleisanschlüsse mit einem Gesamtvolumen von rund 450 Mio. Euro vorliegen. Das entspricht einem Fördervolumen von rund 385 Mio. Euro.

→ Fazit: Mit Schwarz-Gelb hat der Kombinierte Verkehr in Deutschland keine Zukunft.

Verkehrslärm bleibt

Versprochen: Reduzierung der Belastung durch Verkehrslärm

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die Lärmbelastung der Bevölkerung zu reduzieren und den Lärmschutz auszuweiten (S. 40).

→ Gebrochen: Der Krach bleibt – mindestens für 30 Jahre

Verkehrsminister Ramsauer kündigt zusätzliche Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster und verweist dabei auf die finanziellen Anstrengungen im aktuellen Haushalt in Höhe von 50 Mio. Euro. Gleichzeitig beziffert er den Bedarf im gesamten Bundesgebiet auf insgesamt 1,5 Mrd. Euro.

Eine einfache Rechenaufgabe: 1,5 Mrd. Bedarf, 50 Mio. jährlich – unter diesen Voraussetzungen braucht Schwarz-Gelb 30 Jahre, um das eigene Versprechen zu halten und den Lärm in den Griff zu bekommen.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb will die Bürgerinnen und Bürger beim Lärmschutz für dumm verkaufen.**

Gefährdung des wirtschaftlichen Aufschwungs

Versprochen: Strategie für nachhaltiges Wachstum und „Wohlstand für alle“

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP „eine Strategie für nachhaltiges Wachstum“ sowie „Wohlstand für alle“ versprochen (S. 6). In der „außergewöhnlichen Situation“, in der sich die deutsche wie die internationale Wirtschaft befinde, dürften „das Vertrauen der Bürger und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen jetzt nicht durch Entzug von Kaufkraft, höhere Belastung der Arbeitskosten und Kürzungen bei öffentlichen und privaten Investitionen gefährdet werden. Dies wäre auch im historischen Maßstab ein schwerer Fehler“ (S. 9).

→ Gebrochen: Schwarz-Gelb gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung

Union und FDP begehen genau den „historischen Fehler“, vor dem sie noch im Koalitionsvertrag selbst gewarnt haben: Öffentliche Investitionen werden gekürzt, private Investitionen gefährdet, die Kaufkraft der Menschen geschwächt. Schwarz-Gelb hat kein wirtschaftspolitisches Konzept für nachhaltiges Wachstum. Zentrale wirtschaftspolitische Fragen bleiben unbeantwortet.

Investitionsimpulse wären zentral, um Deutschland gestärkt aus der Krise zu führen. Doch Schwarz-Gelb senkt genau die staatlichen Investitionsprogramme, die große Hebelwirkungen für Investitionen entfalten. Beispiele sind die Reduzierung des CO2-Gebäudesanierungsprogramms und die drastische Rückführung des Marktanzreizprogramms für Erneuerbare Energien. Und gerade bei den Kommunen, die 60 Prozent der Bauinvestitionen stemmen, werden durch Steuerprivilegien neue Haushaltslöcher aufgerissen, wird die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle angegriffen, werden nach 2011 die Städtebauprogramme gestrichen.

Zudem lässt das schwarz-gelbe Sparpaket den Aspekt der Zukunftsorientierung völlig vermissen: Es enthält keine Ansätze, wie bei der dringend gebotenen Konsolidierung gleichermaßen notwendige Investitionsanreize für das Wirtschaftswachstum mit auf den Weg gebracht werden können.

Durch steigende Abgaben für gesetzlich Krankenversicherte (darunter Millionen Rentnerinnen und Rentner), durch Kürzungen beim Elterngeld für Familien, absehbare Belastungen beim Rentenversicherungsbeitrag, drohende Mieterhöhungen und weitere Maßnahmen des schwarz-gelben Sparpakets sowie durch steigende Gebühren für Kinderbetreuung, Wasser oder Müllentsorgung in den Kommunen sorgt Schwarz-Gelb für zusätzliche Belastungen vor allem bei unteren und mittleren Einkommen und gefährdet die Binnennachfrage.

Auch durch die Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Ablehnung gesetzlicher Mindestlöhne blockiert Schwarz-Gelb die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung.

→ Fazit: Die derzeitige konjunkturelle Erholung findet nicht wegen, sondern trotz

Schwarz-Gelb statt. Schwarz-Gelb hat kein wirtschaftspolitisches Programm und kein Konzept für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, bremst Investitionen aus und vernachlässigt die Industriepolitik. Kurz: Schwarz-Gelb leistet nichts für nachhaltiges Wachstum und die Beteiligung aller am Aufschwung.

Unsicherheit statt bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand

Versprochen: Bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und FDP zu einer „mittelstandsfreundlichen Politik“ bekannt (S. 6) und versprochen, „die Rahmenbedingungen für Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe [zu] verbessern, Selbständigkeit attraktiver [zu] machen und eine neue Gründerdynamik an[z]ustoßen.“ (S. 24)

→ Gebrochen: Unternehmensfinanzierung im Mittelstand bleibt unsicher

Die mittelständischen Unternehmen berichten fortdauernd von schwierigen Finanzierungsbedingungen. Gerade Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) müssten besser unterstützt werden.

Aber die Koalition bietet bisher lediglich Allgemeinplätze zum Thema Mittelstandsfinanzierung und hat der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in KMU eine Absage erteilt. Mit der Einsetzung des Kreditmediators Metternich wollte Brüderle der drohenden Kreditklemme vor allem für größere mittelständische Firmen entgegentreten. Der Kreditmediator, der Ende 2011 schon wieder abgeschafft werden soll, kostet den Bundeshaushalt 2,4 Millionen Euro jährlich. Metternich bekommt für seine Arbeit mehr Gehalt als die Bundeskanzlerin, hat aber bis Mitte Juli von insgesamt nur 71 im Büro des Kreditmediators eingegangenen Anträgen bisher lediglich 5 Verfahren erfolgreich abgeschlossen. Der Mediator ist ein Feigenblatt, das die wirtschaftspolitische Blöße bedecken soll.

→ Fazit: Der Mittelstand kann sich auf Schwarz-Gelb nicht verlassen.

Blindes Marktvertrauen statt Investitionen in den Breitbandausbau

Versprochen: Flächendeckender Breitbandausbau

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete Deutschlands flächendeckend mit leistungsfähigem Breitband zu erschließen und gleichzeitig den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen zu beschleunigen“ (S. 104).

→ Gebrochen: Schwarz-Gelb setzt auf blindes Marktvertrauen

Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbandes für alle Menschen in Deutschland erfordert Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro. Schwarz-Gelb vertraut zur Erreichung der ehrgeizigen Ausbauziele, die noch von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wurden, nur auf die Leistungskraft des Wettbewerbs und delegiert die Verantwortung an den Markt. Aber: Wer auf die Eigeninitiative der Betreiber wartet, wartet vergeblich.

- **Fazit: Mit Schwarz-Gelb droht Deutschland bei der Breitbandinfrastruktur gegenüber anderen OECD-Mitgliedstaaten den Anschluss zu verlieren.**

Schaufensterpolitik statt Durchbruch bei der Elektromobilität

Versprochen: Durchbruch bei der Elektromobilität

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität“ zu machen (S. 39). Hierzu kündigte Schwarz-Gelb an, den noch im August 2009 unter Federführung der SPD auf den Weg gebrachten Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität bis zum Frühjahr 2010 mit konkreten Maßnahmen und Zielvorgaben weiter zu konkretisieren.

→ **Gebrochen: Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Schaufensterpolitik**

Das Frühjahr 2010 ist längst vorbei – bei konkreten Maßnahmen aber Fehlanzeige. Auf dem so genannten Branchen-Gipfel Elektromobilität gab es nur Fototermine mit Kanzlerin Merkel und Schaufensterpolitik mit der Einrichtung einer „Nationalen Plattform Elektromobilität“. Die Bundesregierung verheddert sich in Kompetenzstreitigkeit, die „Nationale Plattform“ verliert sich in belanglosen internen Debatten. Es gibt keine Konzepte, wie sich die Nachfrage stimulieren lässt und die Industrie verlässliche Anreize erhält, um rasch die Serienproduktion von Elektroautos zu starten.

- **Fazit: Der von Schwarz-Gelb versprochene Durchbruch bei der Elektromobilität ist ausgeblieben.**

Weniger statt mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt

Versprochen: Mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „wettbewerblichen Strukturen auf den Energiemärkten weiter [zu] verbessern“ (S. 30).

- **Gebrochen: Zementierung des Monopols der großen Stromkonzerne**

Die von Schwarz-Gelb geplante Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken behindert den Wettbewerb insbesondere auf dem Strommarkt. Die Markteintrittsbedingungen für neue Anbieter oder Investitionen von existierenden Marktakteuren werden so erheblich beeinträchtigt.

Durch die schwarz-gelbe Atompolitik, aber auch durch eine Vielzahl der Maßnahmen im schwarz-gelben „Energiekonzept“, wird die marktbeherrschende Stellung der großen Stromkonzerne gerade auch zu Lasten der kommunalen Stromanbieter zementiert. Dies ermöglicht den großen Vier, die Strompreise mittel- und langfristige zu bestimmen. Damit kehrt eine Klientelpolitik zurück, die in den vergangenen Jahren bereits überwunden schien. Auf der Strecke bleiben dabei der Wettbewerb, faire Preise und die Erneuerung des Energiesystems.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb bedient die Lobbyinteressen der großen Stromkonzerne zu Lasten des Wettbewerbs und auf Kosten der Verbraucher/innen.**

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Bruch internationaler Zusagen statt Bekämpfung von Armut

Versprochen: Bekämpfung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern

Im Koalitionsvertrag haben sich Union und FDP zur „nachhaltigen Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen“ als „Ziel der Entwicklungspolitik“ bekannt (S. 127) und versprochen, „trotz Finanzkrise die internationalen Verpflichtungen zur schrittweisen Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungsleistungen auf 0,7% des BSP einhalten“ zu wollen (S. 129).

→ Gebrochen: Bruch internationaler Zusagen bei den Entwicklungsgeldern

Um das 0,7-Prozent-Ziel bis 2015 zu erreichen, hätten im laufenden Jahr 2010 als Zwischenschritt 0,51 Prozent zur Verfügung gestellt werden müssen. Doch gerade mal 0,4 Prozent haben Union und FDP im laufenden Haushalt tatsächlich vorgesehen. Anträge der SPD, Haushaltskonsolidierung und Mittelaufwuchs in Einklang zu bringen, wurden abgelehnt.

Mehr noch: Obwohl die Gelder in den kommenden Jahren eigentlich kontinuierlich steigen müssten, stagnieren die Mittel im Haushaltsentwurf 2011 auf diesjährigem Niveau. Danach sollen die Entwicklungsgelder laut aktueller Finanzplanung bis 2014 sogar kräftig zusammengestrichen werden.

→ Fazit: Schwarz-Gelb verweigert die verlässliche Zusammenarbeit mit der Staatengemeinschaft, verabschiedet sich von den Millenniumsentwicklungszielen und beschädigt das Ansehen Deutschlands in der Welt.

Abwicklung der Entwicklungszusammenarbeit statt globale Strukturpolitik

Versprochen: Wirksamere Entwicklungszusammenarbeit

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, die „Wirksamkeit der Entwicklungspolitik [zu] steigern“ (S. 129).

→ Gebrochen: Niebel sieht sich als Abteilungsleiter Außenwirtschaftsförderung

Statt sich tatsächlich um eine bessere Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu kümmern, lehnt Minister Niebel Budgethilfe als modernes Instrument der Entwicklungszusammenarbeit ab, schwächt sinnvolle multilaterale Zusammenarbeit zugunsten von kleinteiliger bilateraler Projektarbeit mit aufgesetztem deutschen Fähnchen, betreibt Entwicklungspolitik zunehmend nur noch als Außenwirtschaftspolitik und befasst sich lieber damit, Führungspositionen in seinem Ministerium mit FDP-Parteisoldaten zu besetzen.

Dirk Niebel hat sich nie für Entwicklungszusammenarbeit interessiert. Moderne Entwicklungszusammenarbeit geht über nationale Alleingänge hinaus, koordiniert sich mit internationalen Partnern und setzt sich das Ziel einer globalen Strukturpolitik, die die Stärken der Zielländer entdeckt und fördert und so zu einer nachhaltigen sozialen und ökonomischen Aufwärtsentwicklung beiträgt. Nicht so unter Schwarz-Gelb und Minister Niebel: Seine Aufgabe ist ihm bis heute fremd geblieben. Unter seiner Führung ist das Entwicklungsministerium von einem starken eigenständigen Ressort zu einer Art Unterabteilung „Außenwirtschaftsförderung“ von Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium geschrumpft.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb fällt zurück in nationale Alleingänge und degradiert Entwicklungspolitik zur Außenwirtschaftsförderung.**

Augenwischerei statt Neuorganisation der Entwicklungshilfe

Versprochen: Reform der Strukturen in der Entwicklungszusammenarbeit

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP eine Reform der Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit versprochen und bei den Durchführungsstrukturen eine „bessere Verknüpfung von technischer und finanzieller Zusammenarbeit“ angekündigt (S. 129).

→ **Gebrochen: Augenwischerei mit ungelösten Probleme und offenen Fragen**

Minister Niebel plant eine Fusion von GTZ, InWent und DED. Er preist dieses Vorhaben als große Reform. Faktisch aber handelt es sich bei seinen Plänen um einen unzureichenden Schnellschuss: Die künstliche Unterscheidung zwischen finanzieller und technischer Zusammenarbeit – ein Bremsklotz deutscher Entwicklungspolitik – wird damit nicht überwunden, der Anspruch einer Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss wird verabschiedet. Nur mit der notwendigen Zusammenführung von technischer und finanzieller Zusammenarbeit könnte die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wirklich effektiver gemacht werden.

Der Versuch von Minister Niebel, die geplante Fusion als großen Wurf zu verkaufen, ist angesichts der eigentlich notwendigen und vom OECD-Entwicklungsausschuss angemahnten Schritte bloße Augenwischerei. Das Konzept lässt viele Probleme ungelöst und bleibt in entscheidenden Fragen vage, die besonders für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von großer Bedeutung sind. Außerdem beschränkt es sich auf rein administrative Fusionsfragen. Die Frage nach einem gemeinsamen entwicklungspolitischen Leitbild bleibt unbeantwortet. Damit wurde auch die Chance für eine inhaltliche Diskussion um die zukünftige Ausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vertan.

→ **Fazit: Schwarz-Gelb hat keine Idee und zeigt kein Engagement für die Entwicklungspolitik. Was bleibt, sind dramatische Mittelkürzungen.**

Behinderung statt Beschleunigung des zivilen Aufbaus in Afghanistan

Versprochen: Zentrale Bedeutung des zivilen Aufbaus in Afghanistan

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP die „zentrale Bedeutung“ hervorgehoben, die „der zivile Aufbau und die zielgerichtete Fortsetzung der entwicklungspolitischen Maßnahmen“ in Afghanistan haben (S. 122).

→ Gebrochen: Erpressung von Hilfsorganisationen

Mitte 2010 gab Entwicklungsminister Niebel bekannt, nur noch solche Hilfsorganisationen in Afghanistan unterstützen zu wollen, die künftig mit der Bundeswehr kooperieren. Zu Recht wird dies durch alle Hilfsorganisationen von Caritas bis VENRO abgelehnt. Wenn die Hilfsorganisationen dabei sogar von Erpressung und Nötigung sprechen, zeigt das, wie viel gewachsenes Vertrauen Niebel in den vergangenen Monaten in der Entwicklungspolitik bereits zerstört hat.

Um die Sicherheitslage in Afghanistan dauerhaft zu verbessern, kommt es entscheidend auf die zum Teil jahrzehntelangen Erfahrungen und Kontakte der mit den lokalen Gegebenheiten bestens vertrauten Hilfsorganisationen an. Deren Kenntnisse und das Vertrauen, das den Helfern vor Ort entgegengebracht wird, werden von Minister Niebel achtlos beiseite geschoben.

→ Fazit: Schwarz-Gelb behindert den zivilen Aufbau in Afghanistan.